

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 4/2016



„Republikflucht“

Streit über Zukunft der Stasi-Akten

Interniert in Karelien II

Aktuell

- 3 Niedersachsen unterstützt Stasi-Opfer weiter
Havemann-Gesellschaft dauerhaft gesichert
Idee eines Denkmals nicht aufgeben
Gedenktag für SED-Unrecht in Thüringen
- 3. Tätigkeitsbericht übergeben

Recht

- 4 „Republikflucht“
Verunsicherung in Sachsen

International

- 5 Verstärkte Flucht
Keine Flugblätter mehr nach Nord-Korea?
Umstrittenes NGO-Gesetz in China
Abrechnung mit „Agora“

BStU

- 6 Unnötige Aktion
- 7 Kritische Stimmen

Thema

- 8 Interniert in Karelien – Teil II

Berichte

- 12 Bewegte Geschichte
- 13 Fehlende Anmeldungen
- 14 Überlebensstrategien
- 15 Gedenkveranstaltung für Pfarrer Brüsewitz scheinheilig?

Verbände

- 16 Gedenken in Chemnitz
Zeitzeugen von Zwangsarbeit
Gedenkkonzert
Nach der Demo ist vor der Demo
Zwangsarbeit – Geben und Nehmen der Deutschen Bahn

Service/Bücher

- 17 Konspiration und Kommunismus
- 18 Objekt der Erziehung
- 19 „Dieses Lied wollen wir hier nie wieder hören!“

Service/Veranstaltungen

17–19

Umschlagbild

„Rentendemo“ am 13. April in Berlin – ca. 200 ehemalige DDR-Flüchtlinge und Übersiedler zogen mit Plakaten, Paukenschlägen und Sprechchören durch die Innenstadt bis zum Bundeskanzleramt, um gegen das Unrecht zu protestieren, daß sie ohne gesetzliche Grundlage seit der Wiedervereinigung rentenrechtlich wieder wie DDR-Bürger behandelt werden.

Foto: uokg

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

kürzlich hat die Deutsche Bahn ihre Studie bzw. das Buch über die Zwangsarbeit von politischen Häftlingen in der DDR für die Deutsche Reichsbahn veröffentlicht. Zugegeben, ich war skeptisch, was dabei herauskommt, und noch skeptischer, wie der Vorstand der Deutschen Bahn, Dr. Rüdiger Grube, es bewertet.

Und nun muß ich zugeben, daß die Überraschung – und ausnahmsweise mal eine positive Überraschung – gelungen war. Die drei Historiker haben herausgearbeitet, daß die Zwangsarbeit von politischen Häftlingen bei der Deutschen Reichsbahn tatsächlich stattgefunden hat, daß die Arbeitsbedingungen unmenschlich waren und sämtliche Kriterien der Ausbeutung erfüllt haben. Häftlinge wurden da eingesetzt, wo sich alle anderen weigerten, und die Unfallhäufigkeit war zehn Mal höher als in den Bereichen der Zivilbeschäftigten.

Der Vorstand der Deutschen Bahn, Dr. Rüdiger Grube, räumte ohne Umschweife ein, daß er das Ergebnis der Forschung so nicht erwartet hatte. Bezogen auf die

Häftlingstransporte im sogenannten Grotewohl-Expreß äußerte sich Grube sehr drastisch: „So, wie damals Häftlinge befördert wurden, so transportiert man heute nicht einmal Schweine.“

Beim Thema Entschädigung von Zwangsarbeitern hielt sich Grube – für mich verständlich – zurück und verwies auf die Verantwortung der Politik. Bei den Politikern haben wir hier noch dicke Bretter zu bohren, aber die Deutsche Bahn, das sollten wir anerkennen, hat einen wichtigen Schritt getan, um das Thema Zwangsarbeit von politischen Häftlingen in der ehemaligen DDR wieder auf die Tagesordnung zu bringen.

An uns allen liegt es jetzt, durch persönliche Statements in den Medien oder auch an Abgeordnete vor Ort oder im Deutschen Bundestag auf die Ausbeutung von politischen Gefangenen in der ehemaligen DDR hinzuweisen, um damit sowohl zu Ergebnissen für die Opfer als auch zu einer gesellschaftlichen Debatte zu kommen.

Ihr Dieter Dombrowski

.....
Susanne Kill, Christopher Kopper, Jan-Henrik Petersen: Die Reichsbahn und der Strafvollzug in der DDR. Häftlingszwangsarbeit und Gefangenentransporte in der SED-Diktatur, Verlag Klartext, Essen 2016, 216 S., 14,95 Euro
.....

Niedersachsen unterstützt Stasi-Opfer weiter

(epd) Mehr als 25 Jahre nach dem Mauerfall will Niedersachsen Opfer und Leidtragende der DDR-Diktatur weiterhin unterstützen. „Niedersachsen war das Bundesland mit der längsten DDR-Grenze“, sagte Staatssekretär Stephan Manke am 28. April im thüringischen Teistungen nahe Duderstadt. Deshalb lebten dort heute besonders viele Regime-Opfer.

Viele von ihnen litten nach wie vor unter zum Teil massiven gesundheitlichen Einschränkungen. Manke sprach bei einem Symposium zur Situation der Opfer von SED und Stasi im Grenzlandmuseum Eichsfeld.

Nach seinen Angaben erhalten derzeit 1231 Menschen in Niedersachsen eine Opferrente von bis zu 300 Euro pro Monat nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz. Sie wird zu 65 Prozent vom Bund und zu 35 Prozent vom Land getragen. Zwei weitere Rehabilitierungsgesetze sehen zusätzliche Opferhilfen vor. Zudem bietet Niedersachsen zweimal jährlich Beratungstage für Verfolgte des SED-Regimes an, erläuterte der Staatssekretär. Diese seien auch mehr als 25 Jahre nach der Deutschen Einheit immer noch sehr gefragt. „Viele Opfer wissen gar nichts von ihrem Recht auf eine Rente oder wie viel Geld ihnen zusteht.“

Havemann-Gesellschaft dauerhaft gesichert

(st) Der Bund und das Land Berlin sind übereingekommen, die Robert-Havemann-Gesellschaft zukünftig gemeinsam dauerhaft zu fördern. Diese Förderung wird mit Zustimmung der beiden Haushaltsgesetzgeber ab 2018 die bisherigen zeitlich begrenzten Projektförderungen ablösen. Damit werden die Voraussetzungen für eine langfristige Sicherung der Havemann-Gesellschaft geschaffen, so, wie sie im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD für die laufende Legislaturperiode des Bundestages vereinbart war. Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien hatte ohnehin schon der Havemann-Gesellschaft in diesem Jahr zusätzlich 100 000 Euro für ein weiteres Aufarbeitungsprojekt zur Verfügung gestellt.

Mit ihren Ausstellungen, Veranstaltungen, Publikationen und Bildungspro-

jekten trägt die Robert-Havemann-Gesellschaft maßgeblich dazu bei, daß diejenigen nicht in Vergessenheit geraten, die den umfassenden Machtanspruch der SED in der DDR in Frage gestellt haben. Arbeitsgrundlage der Havemann-Gesellschaft ist das von ihr getragene Archiv der DDR-Opposition, das die Materialien der Bürgerbewegung, aber auch früherer Oppositioneller sammelt, bewahrt und erschließt.

Kulturstaatsministerin Monika Grütters erklärte dazu: „Die Auseinandersetzung mit unserer jüngsten Geschichte, mit Opposition und Widerstand gegen die SED-Diktatur bleibt auch in Zukunft ein notwendiger und wichtiger Auftrag für Staat und Gesellschaft. Die Arbeit der Havemann-Gesellschaft hilft uns eindrücklich zu verstehen, was eine Diktatur ausmacht. Das Bewußtsein für den Wert der Freiheit lebendig zu halten, ist heute drängender denn je. Die Zivilcourage vieler Menschen in der DDR, die den Machthabern im Streben nach Freiheit und Demokratie die Stirn boten, kann uns dafür ein immerwährendes Vorbild sein. Daher freue ich mich sehr, daß wir mit dem Land Berlin gemeinsam die für die Havemann-Gesellschaft so nötige Planungssicherheit gewährleisten können.“

Idee eines Denkmals nicht aufgeben

(st) Die Deutsche Gesellschaft e.V. und die Initiatoren des Freiheits- und Einheitsdenkmals hätten kein „Stadtmöbel“ vor das Humboldt Forum setzen wollen, erklärte Dr. Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e.V. Sie wollten mit einer Manifestation dazu beitragen, ein einmaliges Ereignis in der deutschen Geschichte, die Friedliche Revolution der Menschen in der DDR und die daraus entstandene deutsche Einheit, im öffentlichen Bewußtsein zu verankern.

Der Deutsche Bundestag habe sich diese Initiative zu eigen gemacht. Zu dem Prozedere, wie der Verwirklichung des Freiheits- und Einheitsdenkmals, zu dem Resultat des Wettbewerbs und zu den Kosten hätten sich die Deutsche Gesellschaft e.V. und die Initiatoren Lothar de Maizière, Günter Nooke, Florian Mausbach und Jürgen Engert mit Bedacht nicht geäußert. Es sei ihnen einzig und allein um die Sache gegangen. Wenn jetzt diese Manifestation aus fiskalischen Gründen vom Tisch gewischt

werde, dann sei das nicht nur eine große Enttäuschung für diejenigen, die 1989 mit Kerzen, ohne jede Gewalt, für Freiheit und Einheit auf die Straße gingen. Damit werde auch die Frage nach dem historischen Bewußtsein der Deutschen aufgeworfen.

„Wir erwarten, daß diese Idee, sich der Sternstunde deutscher Geschichte mit Freude und Stolz zu erinnern, nicht aufgegeben wird“, sagte Apelt.

Gedenktag für SED-Unrecht in Thüringen

(dw) Der 17. Juni wird in Thüringen zum Gedenktag für die Opfer von SED-Unrecht. Einem entsprechenden Gesetzesentwurf der rot-rot-grünen Koalition stimmte am 20. April der Landtag mit 84 von 85 abgegebenen Stimmen zu. Nur die Linken-Abgeordnete Johanna Scheringer-Wright votierte dagegen. Der 17. Juni und damit der Tag des Volksaufstandes 1953 in der DDR bietet nach Meinung von Linke, SPD und Grünen die Chance für eine neue Herangehensweise an die Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Die CDU-Fraktion bestand bei der Abstimmung nicht auf ihrem eigenen Gesetzesentwurf. Er sah drei weitere Gedenktage vor, darunter den 9. November als Tag des Mauerfalls 1989.

3. Tätigkeitsbericht übergeben

(lakd) Am 18. April stellte Ulrike Poppe, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, ihren Tätigkeitsbericht für 2014/2015 vor. Die Unterstützung von Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen sei „ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg, die Opfer der SED-Diktatur in ihren Selbsthilfe- und Aufarbeitungsinitiativen zu stärken“, sagte Ulrike Poppe. „Gerade in einer Zeit, in der manche die Unterschiede zwischen Diktatur und Demokratie nicht verstehen und mit aktuellen Problemen die Menschenrechtsverletzungen der kommunistischen Diktatur zu relativieren versuchen, kann die Vermittlung von Lebensgeschichten ehemals politisch Verfolgter dazu beitragen, den Wert von Freiheit und Demokratie zu erkennen und sich dafür zu engagieren.“

„Republikflucht“

Ein rechtsgeschichtlicher Rückblick

Die offizielle Bezeichnung für Republikflucht war der „ungesetzliche Grenzübertritt“. Damit war nach § 213 StGB-DDR nicht nur ein Übertritt aus der DDR in die Bundesrepublik sanktioniert, sondern auch ein umgekehrter Grenzübertritt. Dies war nach Absatz 1 der Gesetzesfassung vom 12. Januar 1968 im Grundtatbestand mit einer Freiheitsstrafe von höchstens 2 Jahren bestraft. Die Rechtspraxis sah jedoch anders aus. In den meisten Fällen wurde ein „schwerer Fall“ nach Absatz 2 angenommen. Das Höchstmaß lag dann bei einer Freiheits-

die Sperrwirkung in Richtung DDR wirkte. Eine Ein- bzw. Ausreise wurde lediglich in den Fällen genehmigt, in denen die DDR wirtschaftliche, wissenschaftliche, kulturelle, politische oder geheimdienstliche Zwecke verfolgte.

Zur Umsetzung des Straftatbestandes „ungesetzlicher Grenzübertritt“ haben vor allem das Abriegeln der innerdeutschen Grenze 1952, der Bau der Berliner Mauer 1961 sowie der Einsatz einer Vielzahl von Grenzsoldaten beigetragen. Obwohl den Bürgern der DDR bekannt war, daß eine Flucht aus dem Staatsgebiet drastische Folgen haben konnte, war der Drang nach Freiheit bei manchen so stark ausgeprägt, daß eine Flucht der einzige Weg war, sie zu erlangen.

Genauere Zahlen, wie viele DDR-Bürger aus dem Staatsgebiet geflohen sind, existieren nicht. Es gilt jedoch als relativ gesichert, daß etwa 235 000 Menschen zwischen dem 13. August 1961 und Dezember 1988 ohne Genehmigung die DDR verließen. Darunter fällt auch ein Großteil der Menschen, die die Flucht über andere Ostblockstaaten unternahmen. Ca. 2000 ehemalige Grenzsoldaten verließen ebenfalls die DDR ohne vorherige Genehmigung und gehören damit auch in die Gruppe der Republikflüchtigen.

Die Anzahl der gescheiterten Fluchtversuche kann bis heute nicht genau beziffert werden. Aus Statistiken der DDR-Generalstaatsanwaltschaft ergibt sich jedoch, daß von 1961 bis 1988 110 000 gerichtliche Verfahren aufgrund des § 213 StGB-DDR geführt wurden. Zu beachten ist, daß in einem Verfahren auch

mehrere Menschen angeklagt sein konnten. Genau so schwierig gestaltet sich die Festsetzung einer Anzahl wegen Republikflucht Verurteilter. Nachweisbar ist derzeit, daß mindestens 44 182 Personen zwischen 1985 und 1989 eine Haftstrafe wegen eines Fluchtversuches verbüßen mußten.

Wer hiervon betroffen war, konnte nach der Wiedervereinigung die Aufhebung dieses Strafurteils verlangen sowie etwaige Entschädigungen einfordern. Die Anwendung des § 213 StGB-DDR indiziert regelmäßig eine politische Verfolgung. Besondere Probleme stellen sich im Rahmen der Rehabilitierungsverfahren bei dem Vorliegen sogenannter Begleitstraftaten. Eine Republikflucht konnte kaum versucht werden, ohne nicht zumindest eine Sachbeschädigung an Grenzanlagen zu begehen. Zur Vorbereitung der Flucht wurden auch beispielsweise Devisen- oder Urkundendelikte begangen, um die Erfolgsaussichten zu steigern. Dabei handelt es sich um typische Begleitstraftaten, welche nach einer Entscheidung des Landgerichts Berlin aus dem Jahr 1993 regelmäßig zur vollen Rehabilitierung führen müssen. Dagegen können die Geiselnahme eines Passanten zur Erleichterung der Flucht, die Gefährdung von Passanten beim gewaltsamen Überfahren der innerdeutschen Grenze oder der prophylaktische Tötungsversuch an Grenzposten (außerhalb einer Notwehrsituation) hinsichtlich der insoweit verwirklichten Straftatbestände regelmäßig nicht zur Rehabilitierung führen. Eine andere Beurteilung kann aber geboten sein, wenn sich eine gewaltsame Aktion bei der Republikflucht in der Abwehr von Angriffen des Grenzpersonals oder in einer Gefährdung dieses Personals erschöpft.

Martha Wedra

Berichtigung

In Ausgabe 3/2016, Seite 4, „Separate Leistungen“, ist uns ein Fehler unterlaufen. Der Stichtag für das Ende der Antragstellung ist nicht der 30.6.1916, sondern natürlich der **30.6.2016**.

Die Redaktion

strafe von maximal 5 Jahren. Durch eine Gesetzesänderung im Jahr 1979 erhöhte sich das Strafmaß des „schweren Falls“ auf 8 Jahre, was nunmehr in Absatz 3 geregelt war. In der Gesetzesfassung von 1979 lag ein schwerer Fall dann vor, wenn die Tat Leben oder Gesundheit von Menschen gefährdete (Abs. 3 Nr. 1), die Tat unter Mitführung von Waffen oder unter Anwendung gefährlicher Mittel oder Methoden erfolgte (Abs. 3 Nr. 2), die Tat mit besonderer Intensität durchgeführt wurde (Abs. 3 Nr. 3), die Tat durch Urkundenfälschung, Falschbeurkundung oder durch Mißbrauch von Urkunden oder unter Ausnutzung eines Verstecks erfolgte (Abs. 3 Nr. 4), die Tat zusammen mit anderen begangen wurde (Abs. 3 Nr. 5) oder der Täter bereits wegen ungesetzlichen Grenzübertritts bestraft worden war (Abs. 3 Nr. 6). Die weite Formulierung des Gesetzes zeigt, daß nahezu jede denkbare Fluchtsituation als ein schwerer Fall qualifiziert werden und somit immer das höhere Strafmaß Anwendung finden konnte.

Die Regierung der DDR verfolgte mit der Sanktionierung des Grenzübertritts das Ziel, qualifizierte Fachkräfte an der Übersiedlung aus der DDR in die Bundesrepublik zu hindern. Offiziell wurde die Verunsicherung jedoch als Schutzmaßnahme vor dem Westen dargestellt, die Berliner Mauer als „antifaschistischer Schutzwall“ bezeichnet. Unbestritten ist jedoch, daß

Verunsicherung in Sachsen

Landesbeauftragter Lutz Rathenow und Bürgerberater Utz Rachowski haben eine erhebliche Verunsicherung durch widersprüchliche Meldungen zur Zukunft der BStU-Außenstellen in Sachsen festgestellt. Utz Rachowski erklärte dazu: „Die Stasiakten der Bürger des Vogtlands liegen nicht in Dresden. Aber in Chemnitz. Die Stasiakten aus der Lausitz befinden sich nicht in Leipzig. Jedoch in Dresden. Die Akten der Dresdner Bürger liegen in Dresden und nicht in Leipzig. Das macht Sinn. Bei den Beratungen für Bürger in

allen Regionen Sachsens, die gemeinsam mit dem BStU und dem LStU seit 14 Jahren durchgeführt werden, wird dies spürbar: Aus den BStU-Außenstellen werden jeweils bevorzugt auch die Mitarbeiter zu den Bürgersprechstunden in den Rathäusern vor Ort entsendet, die genau aus der Gegend stammen und dort oftmals beheimatet sind... Ein Wegfall von BStU-Außenstellen in Sachsen würde diese (auch psychologisch-atmosphärischen) Grundlagen und Bereicherungen zerstören.“



Verstärkte Flucht

Angesichts der verschärften UN-Sanktionen gegen die „Demokratische Volksrepublik Korea“ hat sich die Zahl der Flüchtlinge von dort im Vergleich zum Vorjahr um 17 Prozent erhöht. Aufschlußreich ist, daß es sich vor allem um Menschen im Alter von 25 bis 30 Jahren handelt, die zumeist aus privilegierten Kreisen kommen.

Südkoreanische Zeitungen meldeten dieser Tage den Übertritt eines nordkoreanischen Geheimdienst-Offiziers. Er war

im Range eines Obersts, übte jedoch eine Funktion zwischen Oberst und Zwei-Sterne-General aus. Entgegen bisherigen Nachrichten war er bereits vor längerer Zeit geflohen. Mitte April flüchtete ein nordkoreanischer Botschafter aus einem asiatischen Land, etliche Monate zuvor ein weiterer aus Afrika. In der zweiten April-Hälfte flohen drei Funktionäre der nordkoreanischen (Staats-) „Partei der Arbeiter“, die den Geheimfonds Kim Jong-uns verwalteten. Anfang April trafen 13 Nord-Koreaner in Seoul ein, die bisher in einem nordkoreanischen Restaurant in China gearbeitet hatten. Ganz offenbar wurden

sie von der dortigen Geheimpolizei nicht an ihrer Flucht gehindert – bisher wurden diese stets an Nord-Korea ausgeliefert.

Auffällig ist die wiederholte Verwendung des Wortes „Kommunismus“ in den Medien Pjöngjangs seit Anfang April: Der Begriff war 2009 aus der Verfassung des Landes und ein Jahr danach ebenfalls aus der Partei-Satzung gestrichen worden. Jene sieht allerdings alle zwei Jahre einen Parteitag vor. Er ist jetzt im Mai erfolgt – der erste seit 36 Jahren.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Keine Flugblätter mehr nach Nord-Korea?

Unlängst hat das Oberste Gericht Südkoreas entschieden, es sei das Recht der Regierung in Seoul, die Verbreitung von Flugblättern im Reich Kim Jong-uns zu verbieten, um provokative Vergeltungsmaßnahmen von dort zu vermeiden. Der Prozeß ergab, daß der Kläger ein Flüchtling aus jener „Demokratischen Volksrepublik Korea“ war und mit Schicksalsgefährten zwischen den Jahren 2009 und 2013 insgesamt 5708 Ballons mit jeweils durchschnittlich 20000 Flugblättern über den 38. Breitengrad geschickt

hatte – also über 100 Millionen! Er hatte sich dabei auf den südkoreanischen Verfassungsgrundsatz der Meinungsfreiheit berufen, der nun von der Seouler Regierung durch das Verbot insoweit außer Kraft gesetzt wurde. Peinlich für diese ist dabei, daß sie mit genau demselben Argument bisher alle Beschimpfungen aus Pjöngjang zurückgewiesen hatte. Das jetzige Urteil verrät zudem eine gewisse Weltfremdheit: Diktatoren brauchen keinen echten Grund für Provokationen jeglicher Art, sie handeln völlig frei nach

ihrem Weltbild oder aus reiner Willkür. In der Hitler-Zeit waren es „die Juden“, bei Stalin „die Zaren-Anhänger“ oder „die Kulaken“, unter Mao Tse-tung „die US-Imperialisten“ und für Honecker „die westdeutschen Diversanten“. Nach dem gleichen Muster verfährt seit Ende des Zweiten Weltkrieges Nord-Korea. Oder sollten die höchsten Rechtshüter in Seoul die jüngste Geschichte ihres eigenen Landes vielleicht vergessen haben?

F.-W. Schlomann

Umstrittenes NGO-Gesetz in China


(vks) China verschärft die Kontrolle über ausländische Organisationen im Land. Das Parlament in Peking hat ein umstrittenes Gesetz verabschiedet, das den Umgang mit ausländischen Nichtregierungsorganisationen (NGO) regeln soll.

Das Gesetz ist Teil eines Pakets, zu dem Anti-Terror-Maßnahmen sowie Vorschriften zur Cyber-Sicherheit gehören. Bürgerrechtler und westliche Staaten kritisierten, daß diese Gesetze die Meinungsfreiheit einschränkten und auch gegen Regimekritiker angewandt werden

könnten. Von dem NGO-Gesetz sind unter anderem ausländische politische Stiftungen und akademische Organisationen in China betroffen.

Nach dem letzten Entwurf, über den die Nachrichtenagentur Xinhua im April berichtet hatte, werden alle Nichtregierungsorganisationen aus dem Ausland der Aufsicht durch die Polizeibehörden unterstellt. Auch müssen sie ihre Finanzen und damit alle Tätigkeiten und Kooperationen mit chinesischen Gruppen offenlegen. Gruppen, die in Aktivitäten verwickelt seien,

„die den Staat untergraben und die Nation spalten“, werden verboten.

Chinesische Medien hatten berichtet, daß einige Bestimmungen des Gesetzes geändert worden seien. Welche das sind, wurde in der Meldung von Xinhua über die Annahme des Gesetzes nicht mitgeteilt. Nach chinesischen Angaben gibt es rund 7000 ausländische NGOs im Land, davon sind etwa 200 deutsche. Auch die Bundesregierung habe ihre Sorge über das Gesetz wiederholt „auf höchster Ebene“ angesprochen, hob Botschafter Michael Clauß in einer Erklärung auf der Webseite der Botschaft hervor. 

Abrechnung mit „Agora“

Zur Auflösung der Menschenrechtsorganisation Agora, die das Oberste Gericht von Tatarstan verfügt hat, gab das Menschenrechtszentrum Memorial u. a. folgende Stellungnahme ab:

Am 10. Februar hat das Oberste Gericht von Tatarstan auf Antrag des Justizministeriums der Republik Tatarstan beschlossen, die Assoziation „Agora“ aufzulösen,

weil sie wiederholt erheblich gegen Gesetze oder andere rechtliche Bestimmungen verstoßen habe. Die Hauptbeschuldigung ist, daß Agora sich geweigert habe, ihre Materialien mit dem diffamierenden Etikett eines „ausländischen Agenten“ zu versehen.

Damit wird eine der bekanntesten und effizientesten russischen Menschenrechts-

organisationen liquidiert. Sie hatte die Rechte von Personen verteidigt, die Opfer gesetzwidriger Handlungen seitens des Staates geworden waren (etwa von Mißhandlungen durch die Polizei).

Agora hatte schon lange kein Geld mehr aus dem Ausland bekommen und bereits die Austragung aus dem „Register ausländischer Agenten“ beantragt. 

Unnötige Aktion

Ein Gespräch mit Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG

stacheldraht: Nun soll also, nach den Vorschlägen der Expertenkommission zur Zukunft der BStU, die Stasiunterlagen-Behörde aufgelöst werden. Bei allem Reformbedarf, ist das erforderlich?



Foto: uokg

„Hier sind Leute am Werk, die eine gut funktionierende Maschine zum Stottern bringen wollen.“

zur „Auseinandersetzung“, und nicht zur „Aufarbeitung“ der SED-Diktatur eingesetzt werden. Ist das Ihrer Meinung nach ein wichtiger Unterschied?

Dombrowski: Ich weiß nicht, ob das wichtig ist. Wichtig ist doch vor allem, daß endlich ein Ansprechpartner auf Bundesebene geschaffen wird, der die konkreten Anliegen und Probleme der Opfer von SED und Staatsicherheit aufnimmt und in den Politikbetrieb einspeist. Wir haben teilweise schreiendes Unrecht, ich erinnere an das Stichwort Rentenüberleitungsgesetz und an das erst durch Verfassungsgerichte hergestellte Recht, daß Antragsteller aus den Reihen der Opfer auch mündlich Stellung nehmen dürfen. In der Vergangenheit urteilten bzw. entschieden Gerichte und Verwaltungen auf der Grundlage von DDR-Akten. Ich erinnere auch an die Mütter zwangsadoptierter Kinder, die kein Recht haben, in vollständige Akten Einblick zu nehmen. Und es gibt vieles mehr, was nicht auf Länderebene geregelt werden kann, weil es Bundesrecht betrifft. Also, egal, wie sich der

neue Beauftragte nennt, es muß auf Bundesebene einen Ansprechpartner für die konkreten Probleme der Opfer geben.

stacheldraht: Im Bericht der Kommission wird explizit von einer „Ombudsperson“ gesprochen. Halten Sie das für ausreichend?

Dombrowski: Nein, wir brauchen keinen Ombudsmann und keinen Ansprechpartner, der als Kummerkasten funktioniert. Wir brauchen eine vom Deutschen Bundestag gewählte Persönlichkeit mit einer festen Amtsausstattung. Das kann der Leiter der Stasiunterlagen-Behörde sein, aber es kann auch andere Lösungen geben. Jetzt sind die Opfer erstmal enttäuscht darüber, daß man Roland Jahn entlassen hat. Das wird als Angriff auf die Interessen der Betroffenen gesehen. Aber zukünftig müssen die Opferinteressen wieder ins Licht der Bundespolitik rücken. Das ist im Moment nicht der Fall. 2004 wurde die Zuständigkeit für die Hunderttausenden Opfer von SED und Stasi aus dem Bundesinnenministerium in den Bereich des Beauftragten für Kultur und Medien abgegeben. Das bedeutet, daß der Bundesinnenminister weiterhin für die deutschen Heimatvertriebenen von 1945/46 zuständig ist, aber der Kulturbereich für die Opfer der zweiten deutschen Diktatur, die bis 1989/90 dauerte. Und deshalb kommen zentrale Anliegen überhaupt nicht mehr in den Politikbetrieb hinein, weil Innenpolitiker und andere gar nichts davon erfahren. Wir sind jetzt da gelandet, wo die Wagnerfestspiele in Bayreuth verwaltet werden. Das wird sich nicht rückgängig machen lassen, aber um so wichtiger ist es, einen festen Ansprechpartner für unsere Anliegen zu bekommen.

stacheldraht: Es sieht so aus, als würden die Opfer unterm Strich durch die Vorschläge der Expertenkommission verlieren.

Dombrowski: Mir persönlich fehlt der Glaube, daß es in der Expertenkommission und bei politischen Kräften, die dahinter stehen, überhaupt das ernsthafte Anliegen gibt, den Opfern zu helfen. Ich denke, daß Teile der Politik sehr daran arbeiten, das Thema SED und Staats-

sicherheit ein für allemal auslaufen zu lassen und dafür einen Weg suchen. Allein die Weigerung der SPD im Bund, Roland Jahn erneut zu berufen, ohne sachlichen Grund, nur mit der Aussicht, ihn zu wählen, wenn der Bundestag nach der Expertenkommission so entschieden hat, ist ein deutlicher Hinweis auf den Versuch, den Leiter der Behörde als Druckpotential bei der Ausrichtung der Aufarbeitung und Veränderungen der Behörde zu benutzen. Deshalb fehlt mir an dieser Stelle das Zutrauen in die Politik. Ich bin selbst Politiker und weiß also, wie so was funktioniert. Ich finde diesen Weg falsch, denn er blendet die Interessen der Opfer schlicht und einfach als Nebensache aus.

stacheldraht: Gibt es weitere Punkte in dem Bericht, mit denen Sie nicht zufrieden sind?

Dombrowski: Für mich ist die ganze Aktion völlig unnötig gewesen. Die Behörde funktioniert, sie hat ein gutes Renommee. Es gibt Aufgaben, die man noch besser erledigen könnte. Das ist durch mehr Personal, durch mehr Forschung, das ist durch Investitionen in Aufarbeitungstechnik alles möglich. Es gibt so ein Sprichwort: Eine Maschine, die gut funktioniert, sollte man nicht noch reparieren wollen. Und ich glaube, hier sind Leute am Werk, die eine gut funktionierende Maschine zum Stottern bringen wollen. Deshalb fällt es mir schwer, da jetzt einzelne Punkte herauszugreifen. Die Expertenkommission hat im Grunde genommen für den Tag nach der Entscheidung überhaupt nichts durch Vorschläge geregelt. Sie hat keine einzige Empfehlung dafür gegeben, was nach der Abstimmung im Bundestag – vorausgesetzt, man folgt dort der Kommission – mit den Akten geschehen soll. Wie ist das mit Verfristungen, wie soll sich die Einsichtnahme konkret gestalten, gilt dann langfristig das Archivrecht oder das Sonderarchivrecht der Stasiunterlagen-Behörde mit ihrem Sonderaktenbestand? Das ist alles völlig ungeklärt. Vielleicht war die Expertenkommission auch überfordert. Ich glaube, es hätte dieser Kommission nicht bedurft.

stacheldraht: Vielen Dank, Herr Dombrowski.



Kritische Stimmen

(dbt-st) Nachdem die Expertenkommission zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen am 12. April dem Deutschen Bundestag ihren Abschlußbericht übergeben hatte, wurde schnell deutlich, daß die Vorschläge nicht auf einhellige Zustimmung stießen. Erhebliche Kritik an der Auflösung der Stasiunterlagen-Behörde und einer Überführung der Akten ins Bundesarchiv übt die Union der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG). Dies wäre das Signal für das Ende der Aufarbeitung des Stasi-Unrechts in der DDR, sagte der UOKG-Vorsitzende, Dieter Dombrowski, in einer öffentlichen Anhörung des Kulturausschusses. Der Ausschuß hatte 14 Sachverständige geladen, um sie zum Bericht (Drucksache 18/8050) der Expertenkommission anzuhören. Die Kommission unter dem früheren Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Wolfgang Böhmer, schlägt in ihrem Bericht vor, die Stasi-Akten bis 2021 in das Bundesarchiv zu überführen und die speziellen Regelungen des Stasiunterlagengesetzes in das Bundesarchivgesetz zu integrieren, um das Recht auf Akteneinsicht auch in Zukunft unverändert zu gewährleisten. Der kommissarische Bundesbeauftragte, Roland Jahn, begrüßte die Vorschläge der Kommission ausdrücklich. Damit sei eine langfristige Perspektive für die Aufarbeitung der Stasi-Akten gesichert.

Ohne Argumente

Gegen diese Vorschläge sprachen sich neben den Opferverbänden auch die ehemalige Leiterin der Stasiunterlagen-Behörde, Marianne Birthler, der frühere Parlamentarische Staatssekretär, Stephan Hilsberg (SPD), und der Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, aus. Die Kommission habe keine Argumente genannt, warum die weltweit anerkannte Stasiunterlagen-Behörde aufgelöst werden sollte und worin der Vorteil der Überführung der Akten in das Bundesarchiv liege, monierten sie übereinstimmend. Die Vorschläge der Kommission „hängen merkwürdig in der Luft“, sagte Knabe. Birthler argumentierte, es sei kein „Nachweis“ dafür erbracht worden, daß mit der Verlagerung der Akten ein Vorteil verbunden sei.

Kein Schlußstrich

Für die Überführung der Akten in das Bundesarchiv sprachen sich hingegen

neben Roland Jahn auch der Leiter der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ in Leipzig, Tobias Hollitzer, der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, und der Präsident des Bundesarchivs, Michael Hollmann, aus. Hollmann versicherte, daß dies eben nicht zu einem Ende der Aufarbeitung der Stasi-Geschichte führe. Er verwies auf das Beispiel der Affäre um den früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten, Hans Filbinger, dessen umstrittenes Wirken während des Zweiten Weltkrieges als Marinerichter durch Mitarbeiter des Bundesarchivs aufgedeckt worden sei. Durch die Verlagerung der Stasi-Akten werde eben kein Schlußstrich unter die Stasi-Verbrechen gezogen. Hollmann argumentierte, daß im Bundesarchiv auch alle anderen Akten zur DDR-Geschichte versammelt seien.

Höchst unterschiedlich wurde auch der Vorschlag der Kommission gewertet, den Bundesbeauftragten für die Stasi-Akten zu einem „Bundesbeauftragten für die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und ihren Folgen“ und zu einer Ombudsperson für die Opfer zu machen.

Doppelstrukturen

Die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen von Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, Birgit Neumann-Becker und Anne Drescher, erklärten, daß diese Funktion bereits durch die Landesbeauftragten erfüllt werde. Dadurch würden lediglich überflüssige Doppelstrukturen geschaffen. Ein Ombudsmann auf Bundesebene könne den Opfern nicht besser helfen als die Landesbeauftragten. Doppelstrukturen befürchtet auch die Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Anna Kaminsky. Die vorgeschlagene „Stiftung Diktatur und Widerstand – Forum für Demokratie und Menschenrechte“ auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg überschneide sich mit dem Auftrag der Stiftung Aufarbeitung. Statt Doppelstrukturen zu schaffen, sollten die begrenzten Ressourcen besser auf die bestehenden Institutionen verteilt werden.

Der Vorsitzende der Expertenkommission, Wolfgang Böhmer, und sein Stellvertreter, Richard Schröder, verteidigten ihre Vorschläge. Es ginge nicht darum, einen Schlußstrich zu ziehen oder die Stasi-

Akten in einem Archiv zu „versenken“, sagte Schröder. Die Geschichte der DDR-Diktatur müsse als Teil der gesamtdeutschen Geschichte begriffen werden, eine Sonderbehörde sei dadurch nicht länger nötig, so Böhmer.

Entfristung statt Auflösung

Bereits am 21. April hatten die Lagergemeinschaften, Opferverbände, -vereine und Aufarbeitungsinitiativen im Land Brandenburg eine Stellungnahme abgegeben. Sie begrüßen den Kommissionsvorschlag, die Stasi-Unterlagen gemäß Stasiunterlagengesetz offen zu halten, eine Auflösung der Stasiunterlagen-Behörde lehnen sie ab. Dies sei kontraproduktiv und könne auch nicht durch die Einsetzung eines neuen Bundesbeauftragten kompensiert werden. Statt dessen sollten die bestehenden Aufarbeitungsinstitutionen und mit Aufarbeitung befaßten zivilgesellschaftlichen Organisationen gestärkt werden. Die Zusammenlegung der Gedenkstätten Normanstraße und Hohenschönhausen unter dem Dach einer neuen Stiftung sei nicht plausibel. Die Verbände und Initiativen votierten u.a. für die Digitalisierung und virtuelle Rekonstruktion der Akten sowie für eine Entfristung der Überprüfungen im Stasiunterlagengesetz. Darüber hinaus übten sie grundsätzliche Kritik an der Expertenkommission. In den Vorschlägen zeige sich ein personelles Defizit. „Die Opferverbände waren unzureichend in der Kommission vertreten. Wir sehen lediglich im Minderheitenvotum von Hildigund Neubert unsere Interessen vertreten.“

Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Süderländer Volksfreund...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter uokg-wochenrueckblick@gmx.de.

Interniert in Karelien

Geschichte des Lagers 517 für internierte deutsche Frauen und Mädchen des NKWD der UdSSR

Von Iwan Tschuchin

Teil II

An Hand von offiziellen Daten kann der Arbeitseinsatz der internierten Frauen im Lager 517 in Karelien eingeschätzt werden.

Am 21. Juli waren in Wirandosero von 642 internierten Deutschen 173 Personen – fast jeder Dritte – Invaliden oder befanden sich in der Rekonvaleszenten-Gruppe.

In der Lagerabteilung Padosero schafften die internierten deutschen Frauen im Juli

pro Monat seine Arbeitsnorm erfüllte oder übererfüllte. Der größte Teil der deutschen Frauen schaffte nur weniger als die Hälfte der Norm. Freien Mitarbeitern wäre in diesem Fall die Verpflegung gekürzt worden, bei den Internierten war die Verpflegung nicht davon abhängig.

Die Situation verschlechterte sich, nachdem im August mehr oder weniger alle Arbeitsfähigen zum Bau des Weißmeerkanales abtransportiert worden waren.

Von den 450 Internierten, die im Lager 517 verblieben waren, waren nur 42 für schwere oder mittelschwere Arbeit geeignet und 155 für leichte Arbeit. Zum Rekonvaleszenten-Kommando, das nicht außerhalb des Lagers eingesetzt werden konnte, gehörten 168 Internierte, und weiteren 85 wurde ihre vollständige Invalidität bescheinigt. Die Verringerung der Zahl der Häftlinge im Lager führte auch zu einer Verringerung der Zahl der Bewacher, mit dem Ergebnis, daß täglich bis zu 40 arbeitsfähige Internierte im Lager bleiben mußten, da

Da trafen sich die Geschwister Pitzonka, die 20jährige Gerta (Gerda?) und die eben angekommene 17jährige Hedwig, die in Insterburg getrennt worden waren. Die Häftlinge aus Wirandosero bestätigten, daß am 20. Juli ein großer Teil des Zuges auf dem Bahnhof Medweshja Gora abgekoppelt worden war. Somit war das Ziel der Transporte aus dem Lager 517 klar: Es war die Baustelle des Weißmeerkanales!

Pilze und Beeren

Die Neuen wurden auf die Baracken und Brigaden aufgeteilt, die einen zum Holzsägen, die anderen zum Straßenbau oder zum Kalkbrennen. Das Lagerleben kehrte in seine gewohnten Bahnen zurück: Wecken – Arbeiten – Schlafengehen. Bericht des Lagerleiters Major Melnikow an die vorgesetzte Dienststelle in Petrosawodsk: „Offiziere, die von Ihnen erwähnt wurden, gibt es unter dem Kontingent des Lagers 517 nicht. Zur besseren Arbeitsorganisation sind die Gruppen I, II und III der Internierten in Brigaden aufgeteilt worden. Vorgesetzte sind jeweils aus dem Kreise der Internierten eingesetzt worden, vorzugsweise Polen. ... Das Kontingent ist in Wohnbaracken mit Doppelstockpritschen untergebracht. Die Verpflegung erfolgt dreimal täglich entsprechend den Normen. Alle drei bis vier Tage werden die Speisen mit Pilzen zubereitet, Wildfrüchte werden systematisch gesammelt. Bekleidung und Schuhe stehen dem Kontingent für die Sommersaison ausreichend zur Verfügung. Wintersachen sind in der Lagerabteilung nicht vorhanden. Einmal in zehn Tagen wird gebadet. Tägliche Durchschnittsbelegung des Krankenreviers: 55 Personen, im Rekonvaleszenten-Kommando sind durchschnittlich 37 Häftlinge. ...“

Das Sammeln von Pilzen und Beeren war kein Einfall der Leitung des Lagers 517. Am 20. und 21. Juni 1945 hat das NKWD der UdSSR zwei Anweisungen – Nr. 129 und Nr. 133 – herausgegeben, in denen es heißt, daß „das Gemüse und die Kartoffeln aus der Ernte 1944, die für die Kriegsgefangenen und Interniertenlager



Die Namen der Toten des Lagers 517 in Padosero sind am Gedenkort bei den Massengräbern zu lesen.

1945 in der Forstwirtschaft 5364 Arbeitseinheiten, davon beim Bau der Kleinbahn 342 und bei der Kalkgewinnung 120. Dabei war das Arbeitsergebnis pro Arbeitseinheit, wenn man es in Geld umrechnet, unbedeutend, nämlich zwischen vier Rubeln und elf Kopeken und fünf Rubeln und 85 Kopeken. Da für die Verpflegung pro Tag und Häftling ein Rubel angesetzt wurde, waren die Ausgaben für die Verpflegung höher als das Arbeitsergebnis. Es gab keine Plankennziffern für die Lagerabteilung. Die Arbeitsproduktivität wurde nach Brigaden berechnet und sah nach offiziellen Angaben wie folgt aus: bis 50 % Normerfüllung = 4567 Arbeitseinheiten, bis 100 % Normerfüllung = 827 Arbeitseinheiten, von 100 % bis 125 % Normerfüllung = 39 Arbeitseinheiten. Daraus ergibt sich, daß nur ein Häftling

nicht genügend Angehörige des Begleitkommandos zur Verfügung standen. [...] Am 19. Juli – nach dem Mittagessen und vielen Abschiedstränen – mußten 598 Frauen und Mädchen der Lagerabteilung Padosero in Kolonne zu fünft antreten, und sie marschierten den bekannten Weg, die sieben Kilometer zum Bahnhof Padosero, wo die Güterwagen warteten, und der Zug fuhr nach Süden.

In den Lagerbaracken wurde es geräumig, aber nicht für lange, denn eine Woche später trafen aus Wirandosero 167 Internierte, darunter 143 Frauen ein. Man hatte sich beinahe vier Monate nicht mehr gesehen, seit der Zeit, als im Feldgefängnis in Insterburg der Transport zusammengestellt worden war. Wieder gab es Tränen und schier endlose Gespräche.

vorgesehen waren, aufgebraucht sind. Das Fehlen von Gemüse kann zu Mangelkrankungen unter dem Kontingent führen.“ In den genannten Anweisungen werden den Versorgungsverwaltungen des NKWD in den einzelnen Republiken und Gebieten Normen für das Sammeln von Wildfrüchten vorgeschrieben. Auf das NKWD Kareliens entfallen 490 Doppelzentner Pilze und 430 Doppelzentner Früchte und Beeren.

Im Juni kam eine weitere Anweisung des NKWD der UdSSR heraus (Nr. 120), die einen Teil der Häftlinge des Lagers 517 direkt betraf. Ihr Titel lautete: „Über die Registrierung von deutschen Jungen und Mädchen unter 16 Jahren, die sich in den Lagern der Gruppe befinden, und über ihren Abtransport an ihren ständigen Wohnort.“ In der Lagerabteilung Padosero begann die Registrierung erst im August. Insgesamt wurden 267 Mädchen und Jungen, Invaliden und chronisch Kranke ausgewählt, die am 15. August auf Transport nach Posen gingen, wo sie ins Durchgangslager 69 kamen. Es waren 50 männliche und 217 weibliche Häftlinge. Alle waren Deutsche, mit Ausnahme der 16jährigen Stepanida (?) Kalaschnik, die zwar die deutsche Staatsbürgerschaft besaß, aber russischer Nationalität war. Unter den Freigelassenen waren auch Mutter und Tochter: Anna (43) und Hildegard (17), die den „verdächtigen“ Namen Müller hatten. Müllers gibt es so viele in Deutschland wie Iwanows in Rußland, und die Müllers in Padosero hatten keine Beziehung zum Gestapochof Müller.

So kam es, daß es im September 1945 in Padosero leer wurde. Es gab nur noch 194 Internierte, davon 94 Frauen. Als Wirtschaftseinheit hatte das Lager seinen Sinn verloren, deswegen gab das NKWD der UdSSR am 25. September den streng geheimen Befehl 001087 „Über die Liquidierung des Petrosawodsker Internierungslagers des NKWD Nr. 517 für verhaftete Deutsche“ heraus. Entsprechend diesem Befehl wurden 76 Personen in das Internierungslager 513 in Kandalakscha überwiesen, 59 Personen wurden nach Frankfurt/Oder entlassen und die übrigen, alles Männer, kamen in das Kriegsgefangenenlager 120 in Petrosawodsk. Das letzte Grab auf dem Friedhof in Padosero wurde am 10. Oktober 1945 geschaufelt. In ihm ist Gustav Gotlinsky, 59 Jahre alt, bestattet. Es war der 159. Tote der Lagerabteilung Padosero und der 522. im ganzen Lager 517. Ein Viertel aller nach Karelien depor-

tierten internierten Deutschen blieb für immer in dieser Erde. Die Toten fanden ihre Ruhestätte. Den Lebenden blieben noch Hunderte von Tagen Unfreiheit am Weißmeer-Kanal und in Solikamsk. [...]

Der Weißmeerkanal

Die Hauptaufgabe war die Wiederherstellung des Weißmeer-Ostsee-Kanals. [...] Die Lebensverhältnisse im Betrieb „Bjelomorstroi“ waren, wie Dokumente beweisen, sehr schlecht. „Die Baracken und finnischen Erdhütten sind völlig überbelegt. In einem Raum, der für 180 bis 200 Menschen bestimmt ist, sind 350 untergebracht. Bettzeug fehlt nicht nur in den Baracken und Erdhütten, sondern auch im Krankenbau. Die Dienstverpflichteten schlafen auf kahlen Pritschen und ziehen ihre Sachen nur aus, wenn sie in die Banja gehen. Leibwäsche ist überhaupt nicht vorhanden. In der Gemeinschaftsverpflegung gibt es 550 Gramm Brot täglich. Spezielle Krankenkost gegen Mangelkrankungen (Skorbut, Pellagra) gibt es nicht, da Lebensmittel fehlen. In der Kasse der Lagerleitung liegen 386 000 Rubel an Überweisungen für die Dienstverpflichteten, doch wird das Geld nicht ausgezahlt, somit können keine Lebensmittel auf dem Markt gekauft werden.“

Die Transporte waren nach Norden zwei oder mehr Wochen unterwegs, und die Menschen wurden bald schwach und krank. Praktisch war die Hälfte nicht arbeitsfähig. Mit Beginn der Wintermonate stieg die Todesrate schnell an: September – sieben Tote, Oktober – 36, November – 63, Dezember – 163, Januar – 236. Anfang Januar 1945 war klar, daß die Vorbereitungsarbeiten, wie Wiederherstellung der Wohnungen usw., hoffnungslos gegenüber dem Zeitplan zurückgeblieben waren. Der Leiter, Leutnant (?) der Staatssicherheit Gudkow, und der Chefingenieur Dimitrijew waren offensichtlich überfordert. Der Termin der Inbetriebnahme des Kanals im Sommer 1946, wie er im Beschluß 7125 des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR (GKO) vom 12. Dezember 1944 vorgesehen war, war offensichtlich gefährdet.

Es fehlten die energetische Basis, Werkstätten, ein Sägewerk, Baumaterial und Fahrzeuge. Ernsthaftige Probleme gab es auch mit dem landwirtschaftlichen Eigenbetrieb. Im Januar 1945 war zwar formell der Sowchos „Witschka“ gebildet worden, aber von den 403 listenmäßig vorhandenen Arbeitskräften waren 189 stationäre Kranke und 50 im Rekonva-

leszenten-Kommando. Die vorhandenen fünf pferdebespannten Pflüge und zehn Eggen mußten erst repariert werden; es gab kein Saatgut.

„Kontingente“ auf Transport

Das schlimmste war die Arbeitskräftelage. Die operativ-tschechistische Abteilung des Bjelomorstroi informierte den zuständigen Leiter des GULags des KGB der UdSSR, Oberst der Staatssicherheit Safonof, über die katastrophale Situation auf der Baustelle. Schnell wurden neue Maßnahmen und organisatorische Veränderungen durchgeführt. Zum Leiter wurde ein gewisser Dubinski ernannt. Die Leitung wur-



Zur Einweihung 1998 kamen auch einige alte Dorfbewohner, die sich noch an das Lager erinnerten.

de aufgliedert in einen eigenen Verwaltungsbereich in Medgorje, in den dritten und vierten Abschnitt an der Kanaltrasse und in drei Lagerbereiche, nämlich den Sowchos „Witschka“ und die Forstbetriebe Malenga und Padosero.

Gleichzeitig wurden die Dienstverpflichteten in ihre Heimatländer bzw. in südliche Gebiete der UdSSR überführt. Im Januar wurden 401 Rumänen in die Heimat geschickt, in den Bereich des UshLag der Gorkijer Eisenbahnlinie wurden 500 dienstverpflichtete Griechen, Bulgaren und Rumänen übergeben. Im Februar kamen nach Kafak an der Berija-Eisenbahnlinie 888 Personen.

Dafür trafen neue Transporte in Medweshegorsk ein: Häftlinge aus den



Lagern und Gefängnissen in Charkow, Kursk, Leningrad, Orel und Jaroslawl, „ein Spezialkontingent aus dem Hinterland der 2. Baltischen Front (Litauer und Letten)“, ehemalige sowjetische Kriegsgefangene, die die staatlichen Überprüfungen in den Sonderlagern 0312 in Molotow und 0313 in Petrosawodsk durchlaufen hatten. So trafen im März 1945 aus dem Lager 0313 z.B. 1244 Personen ein, von denen 60 nach Padosero geschickt wurden, um dort „ein neues Lager für 1500 Personen zu errichten“; in diesem Lager wurden dann bald die internierten deutschen Frauen des Lagers 517 untergebracht. Aus Kasachstan traf eine große Gruppe von Facharbeitern ein; es handelte sich um ehemalige Wolgadeutsche, die aus

ten am 20. und 24. Juli 1945 auf dem Bahnhof Witschka eintrafen. [...]

„Übergabeakt für die Internierten des Arbeitsbataillons

Medweshegorsk, den 20. Juli 1945

Wir, die Unterzeichnenden: der Leiter des Lagers 517 des NKWD der Karelischen SSR Hauptmann Melnikow ... und die Kommission von Bjelomorstroi, bestehend aus ... haben auf Grundlage der Anordnung des GUPWI ... die Übergabe und Übernahme von 598 Internierten durchgeführt. Von ihnen sind Frauen: 598, nationale Zusammensetzung: Deutsche 591, Polinnen 4, Russinnen 3; physischer Zustand: 1. Kategorie 1 Person, 2. Kategorie 140 Personen, 3. Kategorie 415 Personen, 4. Kategorie 15 Personen, stationäre Kranke: 27 Personen; hygienischer Zustand: Läusebefall 75 %, Krätze 37 %, Saisonbekleidung: 100 %, Schuhe 45 %, persönliches Eigentum des Kontingents bei der Person. Der Zug wurde am 20. Juli, 6.00 Uhr in Medweshegorsk, Bahnhof Witschka, entladen.“

Schon aus dieser Bescheinigung wird klar, was für „Arbeitskräfte“ auf die Baustelle kamen. Völlig gesunde, den verschiedensten Anforderungen entsprechende Arbeitskräfte (1. und 2. Kategorie) gab es nur 141. Ein noch schlechterer Transport kam in

Medweshegorsk am 24. Juli aus Wirandosero an. Von den 271 Personen, davon 181 Frauen, gehörten zur 1. Kategorie keine, zur 2. Kategorie nur 23 Personen. Dafür gab es 72 stationäre Kranke.

Ein Zeitzeuge

Boris Kowin, Pensa: „Im März 1945 beendeten wir den Bau eines Betriebes in Kasachstan, und alle vorhandenen Bauarbeiter mit ihren Angehörigen wurden in sechs Zügen nach Karelien geschickt. In Kasachstan hatten wir auch mit Häftlingen gearbeitet, aber die blieben in ihrem Lager. Mit Erlaubnis der Vorgesetzten nahm ich eine Brigade von Schlossern mit. Es waren Deutsche, junge Burschen, die ‚repressiert‘ (strafverfolgt) wurden. Ihre Familien lebten in Kasachstan. Sie selbst hatten nichts dagegen, mit mir zu fahren, denn wir hatten gute Beziehungen zueinander; sie verdienten gut, und das war sehr wichtig für ihre Familien.“

Im Mai 1945 begann der Kanalbau; entsprechend dem Befehl sollte er im Juni 1946 fertig sein. Bagger und andere Technik hatten wir nicht, aber viele Autos aus den USA. Ich bin von Beruf Klempner für Wasserleitungen, Heizungen usw. Dafür gab es wenig Arbeit, deswegen arbeitete meine Brigade in allen Baustellenbereichen, meistens jedoch in Medweshegorsk, wo viel zerstört war. Rohre, Ventile usw. waren uns nicht geliefert worden, deswegen fuhren wir durch die Wälder, suchten finnische Siedlungen und besorgten uns dort das notwendige Material.

Viele Arbeiter und Ingenieure kamen dabei um; jede Woche haben wir acht bis zehn Personen begraben. Sie wurden von Minen getötet. Direkt am Kanal waren zwar viele Pioniere zum Entminen eingesetzt, aber es gab sehr viele Minen. In den Wald konnte man überhaupt nicht gehen, nur die Wege waren befahrbar. Im Juli oder August wurde mitgeteilt: Wenn der Kanal im Juni 1946 fertig wird, können alle Arbeiter am nächsten Tag nach Hause fahren. Gleichzeitig wurde auch erlaubt, daß die Angehörigen nachziehen dürfen. Wir wohnten in Baracken ohne Bewachung und Umzäunung, und trotzdem ist kein Arbeiter eigenmächtig nach Hause gefahren. Ihre Disziplin war hervorragend. Nach der Mitteilung des Befehls über den Übergabetermin des Kanals wurde tatsächlich wie verrückt gearbeitet. Die Arbeiter ruhten sich kaum aus und arbeiteten buchstäblich von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang und länger; im Juli war es nur drei Stunden dunkel. 1946 wurde es im Sommer überhaupt nicht Nacht, man schlief am Arbeitsplatz, um keine Zeit für den Weg zu verlieren. Das Essen war gut, für diese Zeit bekamen wir eine Zusatzverpflegung.

Und wirklich, am 16. Juni war der Kanal fertig, das Band wurde zerschnitten, der erste Dampfer fuhr durch, und drei, vier Tage später begann die Durchfahrt der Schiffe, die in Deutschland beschlagnahmt worden waren, nach Norden. Es waren über 400. Einige nahmen an, daß man die Schiffe nach Murmansk nicht hätte an Frankreich und England vorbei überführen können, und allein diese Überführung rechtfertigte den Bau des Kanals. Im Juli waren alle Formalitäten abgeschlossen, die mit der Übergabe des Kanals verbunden waren und unser ganzes Kollektiv bekam eine neue Verwendung. Wir fuhren nach Leningrad und bauten dort einen neuen Rüstungsbetrieb. Mit uns fuhr meine deutsche Brigade. Ihre



Spätes Gedenken auf den Gräbern.

politischen Gründen deportiert worden waren. Das Sonderlager 0313 wurde nach Medgora überführt und wurde zu einem deutschen Kriegsgefangenenlager, das Sonderlazarett 4870 wurde für die Häftlinge errichtet.

Am 11. Mai 1945 sandte der neue Leiter der Verwaltung „Bjelomorstroi“ und des NKWD-Lagers der UdSSR, Oberst Ingenieur W.P. Busygin (früher Leiter des Kombinats Aktjubirsk des NKWD), folgendes chiffrierte Telegramm an L.P. Berija: „... Notwendig ist, sofort 8000 Arbeitskräfte und im Juni weitere 8000, 200 LKW, acht einsatzfähige Bagger und 200 Pferde zuzuweisen. ... Weitere Verzögerung führt zum Verlust der günstigen Sommerzeit, zum Stillstand im Winter und zweifellos zur Nichterfüllung des Beschlusses des GKO über den Wiederaufbau des Kanals.“ Dieses Dokument entschied das Schicksal von Zehntausenden von Menschen, darunter auch der 869 Deutschen aus dem Lager 517, die in zwei Transport-

Mitglieder waren schon zu einem Teil des Kollektivs geworden und verdienten im Monat 1500 bis 1800 Rubel.“ [...]

„Arbeitsarmeen“

Betriebsleitung und Lagerleitung bestanden aus Militärangehörigen der Roten Armee und der NKWD-Truppen und zivilen NKWD-Mitarbeitern. Ingenieure, Techniker und Verwaltungspersonal bestanden aus freien Mitarbeitern. Sie erhielten die für sie festgelegte Entlohnung und Wohnraum. [...] Die zweite große Gruppe der bei Bjelomorstroi Beschäftigten waren Dienstverpflichtete oder, wie es offiziell hieß, „zur Arbeit in den Arbeitskolonien des NKWD Mobilisierte“. Für die Schaffung von „Arbeitsarmeen“ als besonders flexibles, billiges und leicht durchsetzbares Mittel zum Aufbau des Sozialismus haben sich die Bolschewiki, so auch Trotzki, schon während der Revolution eingesetzt. Betroffen waren damals Angehörige der Bourgeoisie, NEP-Leute, Anhänger von Koltschak und Teilnehmer des Tambower Aufstandes... Vor und während des Krieges wurden auf Beschluß des GKO ganze Völker in die „Arbeitskolonien des NKWD“ geschickt, insbesondere die Deutschen, Finnen, Rumänen und Kaukasier. Ihrem Status und der Lage nach unterschieden sie sich wenig von den Häftlingen, obwohl sie sich unter bestimmten Umständen ohne Bewachung bewegen durften oder sogar in den Status eines Freien aufsteigen konnten. Sie hatten das Recht, Geldsendungen und Pakete zu erhalten und Besuche ihrer Angehörigen zu empfangen. Bargeldauszahlungen ihres Arbeitsverdienstes erfolgten in folgendem Umfang: Bei einem Arbeitsverdienst bis zu 300 Rubel erhielt der Dienstverpflichtete 30 % ausgezahlt, bis 500 Rubel 35 % und bei 1000 Rubel und mehr 50 %. Der übrige Teil des Verdienstes wurde für Verpflegung, Uniform und kulturelle und soziale Betreuung zu Gunsten des Staates einbehalten. (Der Autor dieser Zeilen wurde noch 1970 während seines Dienstes in den Bauruppen der Armee ähnlich entlohnt.)

Schließlich die dritte, die zahlenmäßig stärkste Gruppe der Bauleute am Weißmeer-Kanal: Die Häftlinge! Ihr normaler Tagesplan sah so aus: 5.45 Uhr Wecken, 6.40 Uhr Waschen, Frühstück, Morgenappell, 7.30 Uhr Arbeitsbeginn, 12.00 – 13.00 Uhr Mittagessen am Arbeitsplatz, 18.30 Uhr Abmarsch von der Arbeitsstelle, 19.00 – 20.30 Uhr Abendessen, 20.30 – 21.30 Uhr Freizeit, 21.45 Uhr Kontrolle, 22.00 Uhr Nachtruhe. Zehnstündiger

Arbeitstag, drei arbeitsfreie Tage im Monat. Außerdem eine direkte Abhängigkeit des Verpflegungssatzes vom Arbeitsergebnis; bei 100 bis 109 % Normerfüllung eine Brotration, bei 110 bis 124 % zwei Brotrationen und bei 125 % und mehr Übererfüllung drei Brotrationen. Der bekannte sowjetische Schriftsteller Warlam Schalamow, Häftling im Wischersker Lager – in dem 1946/47 auch deutsche internierte Frauen untergebracht waren – hat nicht umsonst festgestellt: „Im Lager tötet nicht die kleine, sondern die große Ration.“

Leider wird das deutsche Arbeitsbattalion in den Archivadokumenten von Bjelomorstroi kaum erwähnt. Bekannt ist, daß die große Masse der Internierten im ersten Bauabschnitt in Powenez eingesetzt war, andere in der Kiesgrube des dritten Abschnitts, in den Nähwerkstätten von „Koshprom“ in Medweshegorsk und im Sowchos „Witschka“. Natürlich waren die Arbeits- und Lebensbedingungen unterschiedlich, aber doch insgesamt besser als in Padosero und vor allem in Wirandosero. Während ihres Einsatzes in Bjelomorstroi, der sich über ein Jahr erstreckte, starben 27 Internierte. Die warmen Augusttage wurden plötzlich von nördlicher Kälte abgelöst. Eines Tages schrie der Diensthabende beim Morgenappell die Namen von 68 Deutschen. Sie wurden auf amerikanische LKWs der Marke „Studebaker“ gesetzt und abtransportiert. Niemand wagte es, laut eine Frage zu stellen. Das Leben in Unfreiheit hatte schnell selbst den Frauen jede Neugier abgewöhnt.

Bilanz

Es vergingen noch zwölf lange Monate, bis der Wiederaufbau des Bjelomorkanals beendet war, und danach warteten die Häftlinge und Internierten umsonst auf ihre Befreiung. Am 8. September 1946 wurden 116 Deutsche, darunter 80 Personen, die von der Arbeit freigestellt waren und sich im Lazarett befanden, nach Frankfurt/Oder repatriert. Aber schon früher, am 20. August 1946, waren die Reste des Arbeitsbattalions der internierten Deutschen, genau 488 Personen, darunter 64 unter 18 Jahren, an ihre neue Arbeitsstelle nach Solikamsk, Gebiet Perm im Ural, abtransportiert worden. Sie sollten dort im Materiallager des Betriebes „Glaw-

promstroi“ des NKWD arbeiten. Über ihr weiteres Schicksal ist bisher nichts bekannt.

Versuchen wir eine Bilanz zu ziehen. Von den 1984 deutschen Staatsbürgern, die in Karelien interniert wurden, starben innerhalb von anderthalb Jahren 548 Personen, darunter 118 unter 18 Jahren oder die dieses Alter gerade erreicht hatten. Der Gesamtanteil der Häftlinge des Lagers 517 an der Wiederherstellung der Volkswirtschaft der Republik war geringfügig, da die Ausgaben für Verpflegung, Bekleidung, Bewachung usw. um das mehrfache die Ergebnisse ihrer Arbeit übertrafen. Ausgehend von den benutzten Archivadokumenten kann festgestellt werden, daß das Lager seine



Deutsche Gäste der Einweihung auf der Rückfahrt, vorn links Ursula Seiring, eine Überlebende des Lagers.

Hauptaufgabe – nämlich unter den Internierten geheime Komplizen des Faschismus herauszufinden – nicht erfüllt hat. Es gab sie nicht unter den Jungen und Mädchen und den Frauen vom Lande.

Wofür sind sie in der karelischen Taiga gestorben? An diese Frage sollten sich die Politiker und wir alle uns ständig erinnern...

(Der Beitrag ist dem Aufsatz „Internierte Jugend“, Moskau – Petrosawodsk 1995, entnommen, der als Arbeitsergebnis des Projekts „Padosero“, einem Gemeinschaftsunternehmen von Memorial Moskau, der Karelischen Gesellschaft Memorial Petrosawodsk und der Heinrich-Böll-Stiftung, entstand, s. <http://www.memo.ru/memory/karelia/>. Der Autor war ein russischer Historiker und starb wenige Jahre nach Ende des Projekts bei einem Motorradunfall in Karelien; Übersetzung von Viktor Gorynia)

Bewegte Geschichte

Das Zuchthaus Waldheim ist 300 Jahre alt geworden

Im Juni 1850 hielt im Morgengrauen auf einer Anhöhe vor Waldheim in Sachsen eine mit Pferden bespannte Kutsche, in der der Revolutionär August Röckel (1814–1876) saß. Er war wegen Beteiligung am Dresdner Mai-Aufstand 1849 zunächst zum Tode verurteilt worden, hatte ein reichliches Jahr auf der Festung



Zuchthaus Waldheim, Blick von Südosten 2011.

Königstein im Elbsandsteingebirge verbracht und war nun von König Friedrich August (1797-1854) zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe begnadigt worden. Der Wagen war, begleitet von einem Gerichtsdienner und zwei Unteroffizieren, die Nacht durchgefahren, um den politischen Gefangenen fristgerecht abzuliefern. In seinen Erinnerungen „Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim“ (1863) schrieb August Röckel Jahre später: „Wir hatten endlich einen Hügel erstiegen, vor dem sich ein wunderbar schönes Flußtal ausbreitete, in deren Mitte, von Höhen umschlossen, ein Städtchen lag... Fünf Minuten später hielt der Wagen vor dem Tor des Zuchthauses. Der Gerichtsdienner schellte; das Tor wurde geöffnet und schloß sich wieder hinter mir – auf mehr denn elf Jahre.“

August Röckel, Musikdirektor am Dresdner Hof, war nicht der einzige Revolutionär, der damals in Waldheim einsaß, auch der Kreisamtmann Otto Leonhard Heubner (1812–1893) aus Freiberg/Sachsen und der Leipziger Schriftsteller Theodor Oelckers (1816–1869) waren dort, neben 250 namenlosen Aufständischen, für zehn Jahre eingesperrt, während nach Hofkapellmeister Richard Wagner (1813–1883), der nach Weimar hatte entkommen können, steckbrieflich gefahndet („...ist aber nicht zu erlangen gewesen“) wurde.

Ein Jahrhundert nach August Röckels Entlassung 1862, traf ich, am 2. September 1962, im Zuchthaus Waldheim ein. Wir Neuankömmlinge verbrachten die erste Nacht im „Kuhstall“, einem Relikt aus der Feudalzeit, als die Strafanstalt noch Jagdschloß der sächsischen Kurfürsten gewesen war. Am nächsten Morgen wurden wir ins neue Zellenhaus geführt, das 1886 errichtet worden war und das von den Gefangenen, weil es wie ein Ozeandampfer aussah, nur die „Bremen“ genannt wurde. Später, als ich aus dem Zellenfenster im vierten Stock blickte, sah ich auf dem Turm gegenüber eine Wetterfahne, die die Jahreszahl 1779 trug. Waren wir im 18. Jahrhundert angekommen? Damals, 1779, war Goethe 30 Jahre alt und lebte schon in Weimar. Jahre später, 1790 und 1813, hat er im „Goldenen Löwen“ zu Waldheim übernachtet, einmal nach der Rückkehr aus Schlesien, einmal von den böhmischen Bädern kommend.

Das Zuchthaus war noch 1404 eine alte Burganlage, die dann in ein Augustinerkloster umgewandelt wurde, das aber schon anderthalb Jahrhunderte später, während der Reformationszeit 1549, wieder aufgelöst wurde. Danach kaufte der sächsische Kurfürst Christian I. (1560–1591) das leerstehende Gebäude und ließ es zu einem Jagdschloß umbauen, das aber nach dem Dreißigjährigen Krieg 1618/48 verfiel. Dieser langanhaltende Glaubenskrieg zwischen Katholiken und Protestanten war, weil das Bettel- und Bandenwesen zu einer furchtbaren Landplage wurde, der Grund dafür, daß Kurfürst August der Starke (1670–1733) in Waldheim, das verkehrsgünstig zwischen Chemnitz, Dresden und Leipzig lag, ein „Zucht-, Waisen- und Armenhaus“ errichtete, dessen Einweihung am 3./4. April 1716 erfolgte; die heute noch existierende Linde vor der Anstaltskirche (die 1969 von der Volkspolizei in eine Turnhalle umgewandelt wurde), war 1719 gepflanzt worden. Unter dieser Linde stand ich am 21. August 1964, als die Staatssicherheit uns von der Bundesregierung freigeverkaufte Häftlinge nach Berlin-Hohenschönhausen fuhr.

Im 19./20. Jahrhundert, besonders im „Dritten Reich“ und zu DDR-Zeiten, war Waldheim auch der Ort, wo politische Gefangene weggeschlossen wurden. In den Jahren 1933/45 saßen dort die Kommu-

nisten und späteren DDR-Politiker Fritz Selbmann (1899–1975) und Horst Sidermann (1915-1990) und 1950/60 der aus dem Erzgebirge stammende Oberschüler Hermann Joseph Flade (1932–1980), der zunächst, weil er DDR-kritische Flugblätter in Hausbriefkästen gesteckt hatte, zum Tode verurteilt wurde. Daß auch der Lehrer und später als Schriftsteller berühmt gewordene Karl May (1842–1912) dort 1869/74 eingesperrt hat, wenn auch nicht aus politischen Gründen, und beim Geschichtenerzählen während der Arbeit zum Schriftsteller wurde, hat sein sächsischer Landsmann Erich Loest einfühlsam in seinem Roman „Swallow, mein wackerer Mustang“ (1980) beschrieben.

In den 100 Jahren seit August Röckels Entlassung hatte sich an den Verhältnissen im Zuchthaus Waldheim wenig verändert und manches verschlechtert. Wir verurteilten Häftlinge wurden nach der ersten Nacht im Kuhstall am nächsten Morgen in das neue Zellenhaus gebracht. Dort hausten Hunderte von Strafgefangenen zu viert in Zellen von 9,20 Quadratmetern Größe, die nur für zwei Leute vorgesehen waren, wie an der Tür zu lesen stand. Der Raum in den Zellen, die offiziell „Verwahräume“ hießen, war noch beengt, dadurch, daß zwei Doppelpritschen darin standen. Fließendes Wasser gab es wie zu August Röckels Zeiten nicht, dafür aber einen Krug und vier Waschschüsseln. In der Ecke unter dem Fenster stand ein stinkender Kübel für unsere Notdurft, der täglich um 4.00 Uhr, wenn wir geweckt wurden, in die Kübelzelle gebracht und entleert werden mußte. Dieser Kübel wurde auch dann von Gefangenen, die beispielsweise an Durchfall litten, benutzt, wenn andere Gefangene an der Tischplatte aßen. Als ich diese hygienischen Zustände einmal gegenüber ansprach, meinten sie nur, bis 1970 wären ohnehin alle DDR-Bürger umerzogen, dann bräuhete man keine Zuchthäuser mehr! Immerhin wurden die Gefangenen nicht mehr, wie es in August Röckels Buch zu lesen ist, „Zum Willkomm ausgepeitscht!“

Um 5.30 Uhr mußten wir auf dem Hof vor der „Bremen“ antreten, dann wurde abgezählt, ob nicht einer über Nacht geflohen war. Die Arbeit für die Firma Elmo (VEB Elektromotorenwerk Hartha) dauerte von 6.00 bis 14.30 Uhr, danach waren Körperreinigung in der Waschkäue angesagt und „Freistunde“, wo wir in Fünferreihen über den Zuchthaushof marschierten. Anschließend stiegen wir die

Treppen in der „Bremen“ nach oben und warteten vor unseren Zellen, wo bereits die Kaltverpflegung abgelegt war. Unser Feierabend waren die drei Stunden von 16.00 bis 19.00 Uhr, wo wir Bücher lasen oder die langweiligen DDR-Zeitungen, wie das Neue Deutschland. Die Zuchthausbücherei, auch das muß gesagt werden, war vorzüglich ausgestattet. An deutscher Literatur war fast alles von Goethe bis Thomas Mann vertreten, auch Romane des Amerikaners Thomas Wolfe gab es, weiterhin jede Menge Sowjet- und DDR-Literatur, denn wir sollten im Sinne des Sozialismus „umerzogen“ werden. Wenn man Werke von Marx und Engels lesen wollte, brauchte man eine Sondergenehmigung. Der Kulturhauptmann der Volkspolizei konfiszierte im Sommer

1963 die „Aufzeichnungen aus einem Totenhaus“ (1861/62) von Dostojewski und den Roman „Nackt unter Wölfen“ (1958) von Bruno Apitz, weil Gefangene mit Bleistift hämische Bemerkungen hineingeschrieben hatten. Es gab auch einen Gefangenenchor und eine Theatergruppe, die im Kultursaal hinter der „Bremen“ übten. Dort hatten wir alle zwei Wochen politische Schulung, wo uns Vertreter der Nationalen Front über die Vorzüge des Sozialismus belehrten, oder wo wir spannende Filme wie „Ernst Thälmann. Sohn seiner Klasse“ (1954) und „Ernst Thälmann. Führer seiner Klasse“ (1955) sehen durften.

Wenn man heute in Waldheim durch den Strafvollzug in der „Bremen“ geführt

wird, kann man nur staunen darüber, was den 400 Häftlingen dort an Vergünstigungen geboten wird. Alle Häftlinge leben in Einzelzellen, die von innen verschließbar sind. Sie verfügen über Fernseher, Radios, Plattenspieler und Computer, auf dem Flur gibt es Telefonapparate, mit denen sie Verwandte und Freunde anrufen können, in der Küche können sie sich Essen kochen oder Kuchen backen. In der Freistunde dürfen sie über den Hof schlendern, wo es ein riesiges Schachbrett gibt mit Sitzbänken. Es fehlt nur noch, daß Justizvollzugsbeamte mit einem Schreibblock von Mann zu Mann gehen: „Wünschen der Herr Strafgefangene den Kaffee mit Milch oder mit Zucker?“

Jörg Bernhard Bilke

Fehlende Anmeldungen

In Ausgabe 2/2016 erschien unter dem Titel „Opfer 2. Klasse? – Das alte Thema“ ein Artikel von Alexander Latotzky, der Darstellung und Erinnerung an das sowjetische Speziallager in der Gedenkstätte Sachsenhausen thematisiert. Dazu hat der Pressesprecher der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten die folgende Stellungnahme abgegeben.

1. Es trifft nicht zu, daß Prof. Dr. Günter Morsch persönlich das Anbringen der geforderten Tafel mit den Namen der Toten des Speziallagers verweigert. Vielmehr ist dies das Ergebnis intensiver Beratungen der Stiftungsgremien, die sich in den vergangenen 20 Jahren immer wieder mit der Thematik beschäftigt haben. An einem Ort mit zweifacher Vergangenheit ist man gehalten, Kompromisse zu suchen, die auch andere Opfergruppen mittragen können. So heißt es in den von den Gremien der Stiftung beschlossenen Richtlinien für die Anbringung von Erinnerungszeichen, daß das eine Opfergedenken das andere nicht beeinträchtigen darf. Als Möglichkeit individueller Trauer entstand am „Friedhof Kommandantenhof“, dem größten Massengrab des sowjetischen Speziallagers, ein Bereich, in dem Angehörige Gedenktafeln für ihre Verstorbenen niederlegen können. Dieser würdig gestaltete und von vielen Angehörigen dankbar genutzte Trauerort orientiert sich an ähnlichen Gestaltungen in Jamlitz und Buchenwald. Alexander Latotzky verschweigt diese Parallelen und begründet nicht, warum sie dort von den jeweiligen Opferverbänden offenbar akzeptiert sind.

Außerdem hat die Gedenkstätte ein Totenbuch mit den Namen aller Verstorbenen des sowjetischen Speziallagers Nr. 7/Nr. 1 in Sachsenhausen und Weesow erarbeitet, das sowohl in Buchform erhältlich ist als auch in der Gedenkstätte öffentlich ausliegt.

Weiterhin wurde im November 2014 in gemeinsamer Sitzung mit dem Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 und auf Vorschlag ihres Vorsitzenden eine Projektion der Namen der Toten des Speziallagers an jene Glaswand im Museum beschlossen, hinter der die Totenbücher öffentlich ausliegen. Anlässlich des 70. Jahrestages der Einrichtung des sowjetischen Speziallagers in Oranienburg konnte sie der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Doch wir mußten im Laufe der Jahre immer wieder dieselbe ernüchternde Erfahrung machen: Kaum sind die mühsam verhandelten Kompromisse realisiert, werden sie auch schon wieder, ggf. von einem neuen Vorstand der AG, verworfen, und so ist es auch dieses Mal. Immer wieder sehen wir uns aus den Reihen der Speziallageropferverbände mit alten Maximalforderungen konfrontiert. Die Durchsetzung von Maximalforderungen ist jedoch in Gedenkstätten, die eben auch Friedhöfe unterschiedlicher Opfer sind, unangemessen.

2. Es ist eine leicht nachprüfbare Tatsache, daß die Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 von Beginn an der Planung und Errichtung des Speziallagermuseums beteiligt war und das Projekt nachweislich mitgetragen hat.

Richtig ist allerdings auch, daß die AG bereits am Tag der Einweihung 2001 diese Zustimmung abgestritten hat. Die größte Ausstellung zu einem sowjetischen Speziallager überhaupt befindet sich nicht nur in einem eigens errichteten Neubau, sondern darüber hinaus auch in zwei ehemaligen Steinbaracken. Die Zeit des Speziallagers wird zudem in jeder anderen Ausstellung der Gedenkstätte Sachsenhausen thematisiert, prominent beispielsweise auch in den ehemaligen Revierbaracken.

3. Abgesehen davon, daß das Speziallager in jeder Führung thematisiert sowie im Rahmen der Sommer-Workcamps ausführlich und einschließlich von Zeitzeugengesprächen behandelt wird, reagiert das pädagogische Angebot auf die kaum vorhandene Nachfrage. Der angebotene Projekttag wurde 2015 nur ein einziges Mal von einer Gymnasialklasse gebucht. Leider mußten auch mehrfach angebotene Weiterbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte zur Geschichte des Speziallagers wegen fehlender Anmeldungen abgesagt werden. Die Problematik des Gedenkens und Erinnerns an Orten zweifacher Vergangenheit stellt möglicherweise auch für Lehrkräfte eine große Herausforderung dar, zumal es andere Orte wie die Gedenkstätte Hohenschönhausen gibt, wo das historische Narrativ weniger kontrovers vermittelt wird. Die ständige Polemik gegen die Gedenkstätte Sachsenhausen trägt sicherlich auch nicht dazu bei, sie als einen wichtigen Lernort für die Geschichte der sowjetischen Speziallager zu popularisieren. Gemeinsames Werben von Gedenkstätte und Opferverband für den Lernort Sachsenhausen statt permanenter Polemik und Wiederholung



überzogener Kritik könnte diese offensichtliche Verunsicherung der Lehrkräfte möglicherweise ändern. Insoweit bedeutet der Artikel von Alexander Latotzky auch eine erneut verpaßte Chance.

4. Schließlich muß der Behauptung, daß den Opfern des sowjetischen Speziallagers in der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten „die ihnen gebührende Aner-

kennung“ verweigert werde, entschieden widersprochen werden. Das Gegenteil ist richtig: Trotz mancher Konflikte mit dem Opferverband ist die Zusammenarbeit mit der Mehrzahl der ehemaligen Häftlinge und Angehörigen sehr gut und vertrauensvoll. Dies ist nicht zuletzt an den vielen Vor- und Nachlässen ehemaliger Häftlinge ablesbar, die in jüngerer Zeit an die Gedenkstätte übergeben wurden und

die wir in unserer nächsten Werkstattaussstellung präsentieren wollen. Bereits am 26. Juni 2016 eröffnen wir eine Sonderausstellung zu Keramik aus Speziallagern, die bis 2017 zu sehen sein wird. Wir laden alle Interessierten herzlich dazu ein.

Dr. Horst Seferens
Pressesprecher der Stiftung
Brandenburgische Gedenkstätten

Überlebensstrategien

Zeitzeugengespräche in der Gedenkstätte Hohenschönhausen

Am 1. April 2016 lud die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen zu Zeitzeugengesprächen mit ehemaligen politischen Häftlingen ein. Anlaß war die Übernahme der sowjetischen Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen durch den Staatssicherheitsdienst der DDR vor 65 Jahren. Die Veranstaltung wurde allein von den in der Gedenkstätte tätigen Volontären organisiert, betonte Direktor

nung, daß seine Strafe nicht lebenslanglich, sondern „regierungslänglich“ sei.

Anschließend folgte der Bericht von Lutz Hildebrand, der 1967 verurteilt wurde und insgesamt 14,5 Monate in Hohenschönhausen verbrachte. Auch er war zum Zeitpunkt seiner Verhaftung erst 19 Jahre alt. Die zunächst angeordnete Isolationshaft überstand er, weil er sich seines familiären Rückhalts bewußt war. Während der gesamten Haftzeit las er ca. 200 Bücher. Selbstverständlich waren diese Bücher vorsortiert. Es entwickelte sich so beim ihm eine Leseleidenschaft, die bis heute Bestand hat. Weitere Erleichterung brachte die gemeinsame Unterbringung mit einem syrischen Häftling. Diesem kamen wegen seiner Re-

während ihrer Zeit in Hohenschönhausen als auch später in Hoheneck versuchte sie Vertrauenspersonen zu finden, nur so war die Haft für sie auszuhalten.

Als nächste berichtete Sigrid Grünewald. Sie war als West-Berlinerin wegen Fluchthilfe 1981 in Hohenschönhausen inhaftiert. Auch während ihrer Haft ließ sie sich nie etwas sagen und begegnete dem Gefängnispersonal in der gleichen harschen Art und Weise, die ihr selbst entgegengebracht wurde. Ihr war immer bewußt, daß jede Äußerung gegenüber dem Anstaltspersonal, besonders gegenüber den Vernehmern, negative Konsequenzen für sie haben konnte. Dementsprechend durchdachte sie jede Äußerung und ließ sich nicht zu Spontanantworten hinreißen.

Bereits während der Haftzeit wußte sie, daß sie ihre Erlebnisse und Eindrücke schriftlich festhalten mußte. Diese Möglichkeit hatte sie im Gefängnis natürlich nicht. So ging sie im Kopf immer wieder die Formulierungen durch, die sie nach der Entlassung aufschreiben wollte. Die vorformulierten Sätze brannten sich in ihr Gedächtnis ein, so daß sie die ersten drei Kapitel ihres Buches („Komm'se – Geh'n'se“ – In der Obhut der Stasi) nach der Entlassung nur noch schriftlich festhalten mußte.

Die Zeitzeugenberichte zeigten vor allem eines: Das System der DDR- Haftanstalten war zerstörerisch! Sämtliche Maßnahmen waren darauf ausgerichtet, die freie Meinungsbildung zu unterbinden und durch körperliche sowie seelische Repressionen die Hierarchien der DDR-Diktatur zu verdeutlichen. Besonders die Isolationshaft wirkte sich vernichtend auf die psychische Konstitution der Häftlinge aus. Diese Zeit konnte nur durch gedankliche Betätigung überstanden werden. Die nachfolgende Strafhafte erlebten die meisten Gefangenen als vergleichsweise Erleichterung durch das Aufbauen einer Vertrauensbeziehung zu Mithäftlingen.

Martha Wedra



Foto: Eike Kienecker
Sigrid Grünewald (r.) mit einer Volontärin der Gedenkstätte.

Hubertus Knabe. Die Gespräche sollten dem Publikum vor allem vermitteln, welche unterschiedlichen Strategien die Häftlinge entwickelten, um die Haftzeit zu überstehen.

Der erste Zeitzeuge war Arno Drefke. Er wurde 1953 mit gerade einmal 19 Jahren zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe wegen „Spionage“ und „ungesetzlicher Verbindungsaufnahme“ verurteilt. In Isolationshaft während der Zeit in Hohenschönhausen war sein einziger Gesprächspartner der Vernehmer, somit sein – wie er formulierte – „größter Feind“. Drefke versuchte der Einsamkeit entgegenzuwirken, indem er immer wieder Rechenaufgaben im Kopf durchging, in der Schule erlerntes Geographiewissen gedanklich wiederholte und Fremdwörter mittels eines Fingers auf seine Handfläche schrieb. Sein letzter Trost blieb die Hoff-

religion besondere Privilegien zu, von denen auch Hildebrand profitierte. Mit dem Geld, das seine Familie schickte, konnte er Zigaretten und Streichhölzer kaufen. Die abgebrannten Streichhölzer fanden ebenfalls für den Zeitvertreib Verwendung, z.B. baute er kleine Türmchen mit ihnen.

Die dritte Zeitzeugin, Monika Schneider, befand sich ab 1983 in Hohenschönhausen, weil ihr Fluchtversuch über Prag mißlungen war. Im Anschluß an die Festnahme wurde sie nach Hohenschönhausen verbracht. Sie wußte jedoch lange Zeit nicht, wo sie sich befand. Da in dem Büro ihres Vernehmers ein Wimpel des Fußballvereins Dynamo Dresden die Wand zierte, ging sie lange davon aus, in Sachsen inhaftiert zu sein. Bereits nach kurzer Zeit wurde die Einzelhaft durch die gemeinschaftliche Unterbringung ersetzt. Sowohl

Gedenkveranstaltung für Pfarrer Brüsewitz nur scheinheilig?

Vor knapp 40 Jahren, am 18. August 1976, verbrannte sich Oskar Brüsewitz in der Stadt Zeitz aus Protest gegen die Unterdrückung durch das SED-Regime. Manche Historiker sagen: Der Tod von Oskar Brüsewitz war ein wichtiger Schritt zum Untergang der DDR und zur Wiedervereinigung Deutschlands. Aus diesem Anlaß soll es in diesem Jahr würdige Gedenkveranstaltungen in Zeitz geben.

Wer die Verhältnisse in Zeitz näher kennt, wird jedoch erhebliche Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Veranstaltungen haben: Die Zeitzer Stadtverwaltung und der Stadtrat verweigern seit Jahren die Anbringung einer Gedenktafel in Zeitz für Opfer der SED-Diktatur von 1949 bis 1989.

Zeitz war zu DDR-Zeiten der Wahlkreis von Stasi-General Erich Mielke. In der damaligen Kreisstadt ging es besonders streng zu. Der Altmarkt in Zeitz war Aufmarschplatz für politische Macht-demonstrationen der SED mit den Blockparteiern. In den Gebäuden am Altmarkt residierten damals wichtige Machtorgane wie das Volkspolizeikreisamt und der Bürgermeister. Politische Gegner wurden hier kurzzeitig inhaftiert bis zum Abtransport in den „Roten Ochsen“, das besonders berüchtigte Gefängnis in Halle. Noch bis in die 1980er Jahre wurden am Altmarkt politische Gegner verhört und seelisch und körperlich mißhandelt. Nicht zuletzt wegen dieser Verhältnisse hat sich Oskar Brüsewitz in Zeitz verbrannt.

Im Jahre 1992, wenige Jahre nach der friedlichen Revolution, hatten Zeitzer Bürgerrechtler im Stadtparlament durchgesetzt, daß am Altmarkt eine Inschrift angebracht wurde, die das Gedenken für die Opfer der SED-Diktatur einschloß. An dem Denkmal aus dem Jahre 1950 wurde die Inschrift aus stalinistischer Zeit „Den Opfern des Faschismus“ ersetzt durch: „Den Opfern von Gewaltherrschaft“, so daß auch die Opfer der SED-Diktatur in das Gedenken einbezogen wurden.

Im Jahr 2007 beschloß jedoch der Zeitzer Stadtrat, daß an dem Denkmal nur noch der Opfer der NS-Zeit und nicht mehr der SED-Opfer gedacht werden dürfe. Die Inschrift war bereits vorher beseitigt worden.

Seitdem wird von den Opfern der SED-Diktatur und anderen Bürgern, wie auch

dem Stadtratsvorsitzenden Heinz Borde (CDU), die Wiederanbringung einer Gedenk-inschrift für SED-Opfer an einer geeigneten Stelle am Zeitzer Altmarkt gefordert. Auch die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen von Sachsen-Anhalt hat bei der Übergabe ihres 22. Tätigkeitsberichts klargemacht, daß sie Initiativen für Erinnerungstafeln für Opfer kommunistischer Gewalt in Zeitz unterstützt.

Die Presse hat wiederholt auf diesen Mißstand hingewiesen, bisher ohne

Erfolg. Die Finanzierung einer solchen Tafel aus Spendenmitteln wäre gesichert.

Sollte sich hier nichts ändern, wird die Internationale Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus (Inter-Asso), in der der Autor mitwirkt, die Angelegenheit aufgreifen und auf internationaler Ebene zur Sprache bringen.

Wolfgang-Christian Fuchs

*Geld ist eine Maßeinheit des Vertrauens.
Antonio Corrado*

Und mit einem Abo kann man darauf vertrauen, daß „der stacheldraht“ kommt.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit neun Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Heimkinder-Schicksale



Nach der Enthüllung der Gedenktafel zur Erinnerung an das Durchgangsheim Alt-Stralau in Berlin am 28. April: links davon Jana Borkamp, Stadträtin für Finanzen, Facility Management, Kultur und Weiterbildung in Friedrichshain-Kreuzberg, rechts Rainer Buchwald von der VOS. Die Einrichtung wurde von 1952 bis 1989 unter menschenunwürdigen Bedingungen als Durchgangsheim der DDR-Jugendhilfe betrieben.

Gedenken in Chemnitz

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden,

die Gedenkveranstaltung anlässlich des Volksaufstandes von 1953 findet am Freitag, dem **17. Juni 2016, 11.00 Uhr**, in der Parkanlage gegenüber dem Landgericht, Hohe Straße 23, 09112 Chemnitz, statt.

In der Zeit von 9.00 bis 10.30 Uhr besteht auch wieder die Möglichkeit, die ehemalige U-Haftanstalt auf dem Kaßberg zu besichtigen.

Wir freuen uns auf Euer Kommen und hoffen auf gute Gesundheit.

Vorstand der
VOS-Bezirksgruppe Chemnitz

Zeitzeugen von Zwangsarbeit

(dd) Zur Vorbereitung der Ausstellung Zwangsarbeit werden vom Menschenrechtszentrum Cottbus Zeitzeugen gesucht. Ein Fragebogen wird auf Anforderung zugesandt.

Kontakt: Menschenrechtszentrum Cottbus e.V., Bautzener Str. 140, 03050 Cottbus, Tel. (03 55) 29 01 33-0, Fax (03 55) 29 01 33-33

Gedenkkonzert

Das Bautzen-Komitee veranstaltet am **17. Juni 2016** in der Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen, ein Konzert zum Gedenken an die Opfer des 17. Juni 1953. Es war der erste große Volksaufstand im Ostblock, der erst mit Hilfe sowjetischer Panzer niedergewalzt werden konnte. Mehr als 60 Aufständische kamen ums Leben, Tausende wurden verletzt und viele Teilnehmer kamen nach dem Scheitern des Aufstands ins „Gelbe Elend“ nach Bautzen.

Der Philosoph Albert Camus rief auf einer Kundgebung im Juni 1953 in Paris: „... und wenn irgendwo auf der Welt ein Arbeiter mit nackter Haut sich gegen einen Panzer stellt und ruft, er sei kein Sklave: Wer sind wir denn, um gleichgültig zu bleiben!“

Das Bautzen-Komitee will nicht gleichgültig bleiben und daran erinnern.

Das Konzert beginnt um 18.00 Uhr, der Eintritt ist frei.

Alexander Latotzky,
Vorsitzender des Bautzen-Komitees

Nach der Demo ist vor der Demo

(chl) Nach der erfolgreichen Demonstration gegen Rentenunrecht ehemaliger DDR-Flüchtlinge und Übersiedler am 13. April in Berlin planen die Veranstalter eine weitere Aktion. Zwischen dem 20. und 30. Juni 2016 soll eine Demonstration vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe stattfinden, wo seit geraumer Zeit eine Verfassungsbeschwerde vorliegt. Dabei soll deutlich werden, daß die Betroffenen auf Grund ihres teilweise hohen Alters nicht mehr ewig auf eine Entscheidung der Verfassungsrichter warten können. Der genaue Termin der Demonstration wird unter <http://www.flucht-und-ausreise.info/>, dort links unter Veranstaltungshinweise, angegeben. Nachfragen an die Veranstalter: E-Mail Wolfgang Graetz Renten-demo@gmx.de, Dr. Wolfgang Mayer wol.mayer@web.de

Zwangsarbeit – Geben und Nehmen bei der Deutschen Bahn

Als Bahnchef Dr. Rüdiger Grube am 20. April 2016 vor ehemaligen politischen Häftlingen sprach, fand er menschlich berührende Worte. Bereits im November 2014 hatte der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn die Zwangsarbeit bei der Deutschen Reichsbahn der DDR als Unrecht bezeichnet und um Entschuldigung gebeten. Weitere Schritte, so Grube damals, könne man erst gehen, wenn Genaueres über die Umstände der Zwangsarbeit bekannt sei. Er kündigte ein eigenes Forschungsprojekt an, mit dem die Verflechtung der Deutschen Reichsbahn mit dem DDR-Strafvollzug erforscht werden sollte.

Letzte Woche war es dann so weit. In einer der oberen Etagen des Bahn-Towers in Berlin am Potsdamer Platz stellten die Autoren einer unabhängigen Forschungseinrichtung ihre Ergebnisse vor. Eine

ausführliche Darstellung des Forschungsberichtes, der als Buch vorliegt, wird hier in einer späteren Ausgabe folgen. Soviel kann aber schon gesagt werden: Die Schilderungen der Häftlinge beispielsweise aus dem Reichsbahnausbesserungswerk Potsdam, die bereits durch die Medien gingen, sind auch von den Historikern der Deutschen Bahn bestätigt worden. Es wird eine ganze Reihe neuer Fakten geboten. Das Gesamturteil aber, zu dem die UOKG bereits im Juni 2014 gekommen war, wird auch durch diese Untersuchung nicht mehr verändert. Katastrophale Arbeitsbedingungen, körperliche Überforderung, hohe Unfallzahlen, Hungerlöhne als Bezahlung wurden schon damals als wichtigste Kennzeichen der Zwangsarbeit in der DDR genannt.

Nun haben wir es also noch einmal schwarz auf weiß. Kein Wunder, daß sofort die Frage aufkam, ob dieses Wissen nicht ausreiche, um endlich auf Entschädigungszahlungen zuzugehen. Hier verwies Grube auf „Gesellschaft und Politik“, also in eine ungewisse Zukunft. Aber er signalisierte auch Gesprächsbereitschaft und versprach, daß die Deutsche Bahn das Thema DDR-Zwangsarbeit nicht in der Versenkung verschwinden lasse. Die DDR-Zwangsarbeit solle Bestandteil der Dauerausstellung der Bahn in Nürnberg werden und das Menschenrechtszentrum Cottbus finanziell unterstützt werden.

Das hilft schon weiter – aber nicht denjenigen ehemaligen politischen Häftlingen, die dringend auf Unterstützung angewiesen sind. Rüdiger Grube, das wird man ihm abnehmen, hat verstanden. Zum eigentlichen Schritt, der Zahlung von Entschädigungen, ist er jedoch nicht bereit. Am 1. Mai 2016 meldete die Berliner Abendschau: Die Deutsche Bahn hat vom Betreiber des Berliner Flughafens fünf Millionen Euro Entschädigung erstritten. Der Grund: Verdienstauffälle. Nehmen und Geben sind eben doch nicht dasselbe.

Christian Sachse



Großes Interesse an den Forschungsergebnissen zur Zwangsarbeit bei der Deutschen Reichsbahn der DDR.

Veranstaltungen

Konspiration und Kommunismus

24.5. (Di), 18.00 Uhr:

Traumatisierung durch politisierte Medizin. Geschlossene Venerologische Stationen in der DDR, mit Florian Steger u. Birgit Neumann-Becker; Buchpräsentation d. LStU Sachsen-Anhalt u.a.; Ort: Stadtmuseum Halle, Christian-Wolff-Haus, Große Märkerstr. 10, 06108 Halle/S.

25.5. (Mi), 18.00 Uhr:

Die Oktoberrevolution in der Wahrnehmung und Darstellung im heutigen Rußland, Vortrag v. Prof. Dr. Irina Scherbakowa, Memorial Moskau, Mod. Prof. Dr. Jörg Baberowski, HU Berlin; Veranstaltung der Bundesstiftung Aufarbeitung u.a. in der Reihe „Talking about a Revolution! Die Oktoberrevolution: Geschichte – Instrumentalisierung – Rezeption“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

26.5. (Do), 15.00 Uhr:

Gedenkveranstaltung zum Jahrestag des Ausbaus des DDR-Grenzregimes und der Zwangsausiedlungen aus dem Sperrgebiet; Veranstaltung d. Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn u.a.; Ort: Grenzdenkmal Hötensleben am Ortsausgang Richtung Schöningen (L 104), 39393 Hötensleben

26.5. (Do), 19.00 Uhr:

Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63 – 1989. Zwischen Menschenhandel und humanitärer Aktion, Vortrag v. Dr. Jan Philipp Wölbern, ZZf Potsdam; Veranstaltung d. Gedenkstätte Hoheneck; Ort: Stadtbibliothek Stollberg, Schillerplatz 2, 09366 Stollberg

27.5. (Fr), 15.00 Uhr:

„Erinnerung – Gerechtigkeit – Versöhnung“, Podiumsgespräch mit Prof. Dr. Thomas Hoppe, Sozialethiker, Annette Buschmann, Beraterin f. psychosoziale Fragen, Lutz Rathenow, LStU Sachsen, Norbert Peikert, Pastoralpsychologe, u. Pfarrer Curt Stauss, Beauftragter der EKD f. Seelsorge; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig u.a.; Ort: Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

27.5. (Fr), 19.00 Uhr/

28.5. (Sa), 14.00 Uhr:

„Die Macht der Kirchen brechen“. Die DDR-Jugendweihe und die Stasi, Vortrag v. Dr. Markus Anhalt, BStU Außenstelle Leipzig; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig anlässlich d. 100. Katholikentages in Leipzig; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

28.5. (Sa), 10.00–18.00 Uhr:

„Schwarze Pest“, „Rosenkranz“, „Eminenz“. Staatssicherheit und Katholische Kirche in der DDR; Tag der offenen Tür d. BStU Außenstelle Leipzig anlässlich des 100. Katholikentages in Leipzig; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

„Nur weil du paranoid bist, heiß das nicht, daß sie nicht hinter dir her sind.“ Dieses, mehreren Politikern und Autoren zugeschriebene Zitat könnte dem Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2016 als Motto vorangestellt sein. Stalin, bekannt für seine Paranoia, war da nur ein – wenn auch katastrophaler – Einzelfall. Überwachung der eigenen Mitstreiter, Unterwanderung des Gegners, Konspiration als Grundprinzip prägten von Beginn an kommunistische Parteiarbeit.

Zwischen erhöhter Wachsamkeit und Verfolgungswahn zu differenzieren, scheint den Betroffenen ausgesprochen schwergefallen zu sein. Das legen die Beiträge des Jahrbuchs 2016 mit dem Schwerpunkt Konspiration und Kommunismus nahe. Die Herausgeber nennen im Editorial als einen Grund für die Neigung der politischen Linken zu konspirieren die starke politische Verfolgung gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Das trifft zweifellos zu und hat sicher hartnäckige Traditionen geschaffen. Allerdings muß auch in Betracht gezogen werden, daß Organisationen mit ideologischem Alleinvertretungsanspruch oft dem „Bruderkampf“, bei geringsten Linienabweichungen, mehr Aufmerksamkeit widmen als dem tatsächlichen Gegner. Das bindet nicht nur Kräfte, sondern fordert Konspiration und Verschwörungstheorien geradezu heraus. Und es führt dazu, daß sich nach Zeiten erzwungener Illegalität diese Praxis, selbst bei Machtergreifung, keineswegs ändert. „Wo immer eine kommunistische Partei die Macht errang, wurden die geheimen Parteistrukturen zum Nukleus von Geheimdiensten, die die eigene Herrschaft absicherten.“

Im ersten Teil des Jahrbuches beschäftigen sich die Autoren in biographischen Skizzen mit Konspiration, Widerstand und Verrat. Das reicht vom prominenten KPD-Funktionär Wilhelm Hein, der bereits vor 1933 von der Politischen Polizei angeworben und später Informant der Gestapo wurde, bis zu einem Spitzel in der Führung der KP Finnlands 1956 bis 1976. Ein Aufsatz über Kuriers der Komintern und ein anderer über das Schicksal des „Bucharinisten“ Sergej Bessonov – er mußte im dritten Moskauer Schauprozeß als Zeuge aussagen und wurde anschließend hingerichtet – demonstrieren Strategien geheimer Angriffe kommunistischer Parteien – nach außen und innen. Schließlich wird mit dem geheimdienstlichen Wer-

degang Heinz Felfes, bekannt als „Top-Spion des KGB“, ein Fall von mehrfachem Seitenwechsel beschrieben.

Der zweite Teil des Jahrbuches widmet sich Parteien und Institutionen. Mit konspirativem Verhalten gehen Mißtrauen, Überwachung und Täuschung einher. Hier werden exemplarisch die Gefahren von Konspiration behandelt, die eine „Kultur des Mißtrauens“ hervorbringt und sogar zur Zerstörung der eigenen Strukturen führen kann. Besonders tragisch ist die Geschichte der Gruppe „Neu Beginnen“. Als linkes Netzwerk gegründet, richteten seine Mitglieder sich vor allem gegen die Spaltung der Arbeiterbewegung durch die Politik von KPD und SPD. Sie waren in beiden Parteien vertreten und konspirierten dort nicht nur während der Weimarer Repu-

blik und des Nationalsozialismus, sondern auch nach 1945 – gegen die Zwangsvereinigung von SPD und KPD. Dem Netzwerk gehörten u.a. bekannte Persönlichkeiten wie Hermann Brill und Richard Löwenthal an, Robert Havemann hatte zeitweilig Kontakt zu ihnen. Anhand dieser Gruppe schildert der Autor, wie eine Organisationstechnik, die auf Geheimhaltung basiert, in Netzwerken zu derartiger Fremd- und Selbsttäuschung führen kann, daß die Mitglieder „Gefangene ihrer eigenen Konspiration geworden“ sind.

Ob das jeweils eigene Lager mit diesen geheimen, in vieler Hinsicht opferreichen und teuer erkaufte Aktionen wesentlich gestärkt wurde, darf bezweifelt werden. So viel Wachsamkeit – und doch so viele Mißerfolge. Das wirft die grundsätzliche Frage nach dem Wert politischer Konspiration auf. Sie ist, wie viele Beiträge dieses Bandes eindrücklich zeigen, zu oft in Selbstzerstörung umgeschlagen.

Helene Krause



Ulrich Mähler, Jörg Baberowski u.a. (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2016, Metropol-Verlag, Berlin 2016, 278 S., 29,- €

Objekt der Erziehung

Das „Kombinat der Sonderheime“ in der DDR ist eine Einrichtung der Abteilung Jugendhilfe und Heimerziehung beim Ministerium für Volksbildung gewesen, die erst in den letzten Jahren in den wissenschaftlichen Fokus rückte. Der vorliegende



Andreas Methner: „Diagnose: verhaltensgestört“. Das Kombinat der Sonderheime in der DDR, aus der „Schriftenreihe der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur“, Metropol-Verlag, Berlin 2015, 272 S., 19,- €

Band von Andreas Methner analysiert diese Institution nicht nur, sondern ordnet sie ins gesamte System der Kinder- und Jugendheime ein und klärt damit die häufig von Laien verwechselten Begriffe der Spezial- und Sonderheime.

Nach einer Überprüfung sämtlicher Spezialheime der DDR auf Anweisung des Ministerrats 1963 ergab sich ein rundum niederschmetterndes Bild. Im Zuge der darauf folgenden Umstrukturierung wurde 1964 das „Kombinat der Sonderheime für Psychodiagnostik und pädagogisch-psychologische Therapie“ gegründet. Es bestand aus vier Heimen in der Nähe Berlins mit einer zentralen Aufnahmeabteilung und war für Kinder und Jugendliche der gesamten DDR im Alter zwischen sieben und 15 Jahren gedacht, die als „verhaltensgestört“ eingeschätzt wurden. Dieser Status sollte sie von den sogenannten Schwererziehbaren unterscheiden, wobei Inhalte und Grenzen offenbar nie genau definiert wurden. In den Sonderheimen war, wie in anderen Spezialheimen auch, die Klassenstärke geringer als in Normalschulen. Außerdem waren Psychologen angestellt, die zu den Therapie- und Erziehungszielen nach Aussage einiger Erzieher allerdings wenig beitrugen. Während die Kinder eigentlich vorwiegend aus anderen Heimen eingewiesen werden sollten, um diese zu entlasten, zeigt die Statistik, daß über 50 Prozent direkt aus den Familien kamen.

Der pädagogische Ansatz in den Sonderheimen ging vom Kind als Produkt seiner Umwelt und als Objekt der Erziehung

aus. Die psychologische Diagnose war ausschließlich defizitorientiert, das heißt, sie übergang Stärken und Ressourcen. Daraus resultierte eine Arbeit am Fehlverhalten, nicht jedoch an den Ursachen dafür. Das Kind sollte umerzogen werden. Der Abteilungsleiter der Jugendhilfe am Ministerium für Volksbildung, Eberhard Mannschatz, postulierte: Ein Kind ist nur da verhaltensgestört, wo der Pädagoge es zuläßt.

Der Alltag in den Heimen folgte einem strengen Regime, das sich kaum von dem in Spezialkinderheimen und Jugendwerkhöfen unterschied. Die Sanktionen waren oft drastisch, vom Essensentzug bis zur gesetzlich verbotenen körperlichen Züchtigung, die von Kollegen meist stillschweigend hingenommen wurde. Nach Aussage fast aller vom Autor interviewten ehemaligen Zöglinge war die Versorgung mit Nahrungsmitteln unzureichend, so daß von permanentem Hungergefühl berichtet wird. Viele Kinder erhielten regelmäßig Psychopharmaka, um sie ruhigzustellen.

Zu den wichtigsten Prinzipien der Umerziehung gehörten die „Selbstbedienung“ und die sogenannte Kollektiverziehung. Selbstbedienung bedeutete u.a., Kleidung und Gebäude selbst zu säubern und zu erhalten, sie schloß das umliegende Gelände bis hin zu Bauarbeiten ein. Diese Tätigkeiten nahmen einen großen Teil der täglichen Zeit in Anspruch. Die Kollektiverziehung basierte auf Kollektivstrafe. Für „Verfehlungen“ eines einzelnen wurde die Gruppe bestraft. Das führte in der Regel zu einer Form der Selbstjustiz unter den Zöglingen, was einerseits die Erzieher entlastete und andererseits das Sozialverhalten der Kinder nachhaltig störte. So wurden kaum Freundschaften geschlossen, anhaltendes Mißtrauen gegenüber den Mitinsassen bildete sich schnell heraus.

Obwohl eine wissenschaftliche Arbeit, ist das Buch ausgesprochen gut zu lesen, kleine Unterkapitel erleichtern den Überblick. Darüber hinaus ist der vorangestellte Teil über „Das Kombinat der Sonderheime im historischen Kontext“ ebenso zu empfehlen, wie die Ergänzung von Silvana Hilliger über Diagnostik und Erziehungspraxis im Spiegel der Kinderakten.

Gertrud Röder

Veranstaltungen

31.5. (Di), 14.30 Uhr:

„**Alle Macht den Werktätigen. Arbeiten und Arbeiter in der DDR**“, Rundgang durch Dauerausstellung und Erzählcafé mit Dr. Sebastian Fink, Historiker u. Journalist, Leipzig; Veranstaltung d. Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig; Ort: Zeitgeschichtliches Forum, Grimmaische Str. 6, 04109 Leipzig

7.6. (Di), 18.00 Uhr:

Die Suche nach dem Osten. Die DDR in den Medien, Podiumsdiskussion mit Jakob Augstein, Chefredakteur des „Freitag“, Prof. Dr. Hansjürgen Rosenbauer, 1991-2003 Intendant ORB, Vorsitz. d. Medienrates d. Medienanstalt Berlin-Brandenburg, Jochen Wolff, langjähriger Chefredakteur u. Herausgeber der „SUPERILLU“; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a. i.d. Reihe „Deutschland 2.0“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

14.6. (Di), 15.00–19.00 Uhr:

Bürgerberatung und 17.00 Uhr: Vortrag **„Beobachten – Verfolgen – Zersetzen. Das Wirken der Stasi in Schwarzheide“** v. Rüdiger Sielaff, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/O. u.a.; Ort: Bürgerhaus, Ruhlander Str. 102, 01987 Schwarzheide

14.6. (Di), 18.00 Uhr:

„**Wir wollten was tun**“. Jugendlicher Widerstand vor dem Volksaufstand am 17. Juni 1953, Filmpräsentation d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

14.6. (Di), 19.00 Uhr:

RAF im Osten. Terroristen unter dem Schutz der Stasi, Ref. Dr. Frank Wilhelm, Journalist d. Tageszeitung Nordkurier; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen U-Haft der Stasi in Rostock, Hermannstr. 34b, 18055 Rostock

15.6. (Mi), 18.15 Uhr:

Der DDR-Militärstrafvollzug bzw. die Disziplinereinheit der NVA in Schwedt. Eine Rekonstruktion unter Rückgriff auf Akten der Staatssicherheit, Ref. Arno Polzin, BStU; Veranstaltung d. BStU; Ort: BStU, Besucherraum, Foyer, Haus 31, Erdgeschoß, Karl-Liebknecht-Str. 31/33, 10178 Berlin

15.6. (Mi), 19.00 Uhr:

Überwachung und Zersetzung. Theologiestudenten und die Stasi, Dokumentarfilm „Der Stasimann in Schweden“ und Gespräch; Veranstaltung d. Bartholomäus Kirche u.a.; Ort: Bartholomäus Kirche, Friedenstr. 1, 10249 Berlin



„Dieses Lied wollen wir hier nie wieder hören!“

16.6. (Do), 19.00 Uhr:

Die LDPD im Fokus der Stasi, Ref. Dr. des. Tilman Pohlmann, Hannah-Ahrendt-Institut f. Totalitarismusforschung, TU Dresden; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

17.6. (Fr), 17.30 Uhr:

„Erich Mielke – Meister der Angst“, Filmvorführung u. Gespräch; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/O. u.a.; Ort: Menschenrechtszentrum Cottbus, Bautzener Str. 140, 03050 Cottbus

17.6. (Fr), 18.00 Uhr:

Gedenkkonzert zum Volksaufstand am 17. Juni 1953, mit dem Polizeichor Berlin, Vortrag v. Dr. Boris Böhm, Leiter d. Gedenkstätte Pirmas-Sonnenstein; Veranstaltung d. Bautzen-Komitees e.V.; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

17.6. (Fr), 19.00 Uhr:

Infiltrieren. Spionieren. Zersetzen. **Streiflichter zur Stasi-Arbeit in Schleswig-Holstein**, Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin u.a.; Ort: Grenzhuis Schlagsdorf, Neubauernweg 1, 19217 Schlagsdorf

20.6. (Mo), 19.00 Uhr:

Volksaufstand und Staatssicherheit. Der 17. Juni in den geheimen Berichten an die SED-Führung, Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin u.a.; Ort: Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer der Diktaturen in Deutschland, Obotritenweg 106, 19053 Schwerin

22.6. (Mi), 19.00 Uhr:

Die Kirche in der DDR und die Ideologie und Politik der SED, mit Prof. Dr. Richard Schröder, Theologe, Berlin, Prof. Axel Noack, Theologe u. Kirchenhistoriker, Halle, Rudi Pahnke, Propst i.R., Berlin, Mod. Marion Gardei, Pfarrerin; Veranstaltung d. LStU Berlin u.a.; Ort: Golgatha-Kirche, Borsigstr. 6, 10115 Berlin-Mitte

23.6. (Do), 18.00 Uhr:

Das geht auf keine Kuhhaut! Massentierhaltung und Umweltschutz im Fokus der Stasi-Bezirksverwaltung Neubrandenburg, Ref. Dr. Michael Heinz, BStU, Veranstaltung d. BStU Außenstelle Neubrandenburg; Ort: Außenstelle Neubrandenburg, Neustrelitzer Str. 120, 17033 Neubrandenburg

23.6. (Do), 19.00 Uhr:

„Mit mir nicht, Madam!“, Filmpräsentation d. Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte u.a.; Ort: Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte, Kutschstall, Am Neuen Markt 9, 14467 Potsdam

Das sagte die Kindergärtnerin zu dem kleinen Christian Döring, als er nach der Aufforderung, ein Weihnachtslied zu singen, ein christliches anstimmte. Da sei ihm das erste Mal klar geworden, schreibt er in seinem autobiographischen Buch „Bibel statt Parteibuch“, daß es zwei Welten gebe. Diese Erfahrung macht der 1962 geborene Christ in der DDR immer wieder. Es sind nicht die Welten Ost und West, sondern innen und außen, Familie und Gesellschaft, Kirche und Staat. In der einen kann er sich offenbaren, in der anderen ist äußerste Zurückhaltung geboten. Döring hat in 25 kleinen Geschichten seinen Lebensweg bis 1989 beschrieben. Seine Großeltern sind bessarabische Flüchtlinge, seine Mutter und deren Schwester waren zehn Jahre in russischen Arbeitslagern interniert. Nun leben alle in der DDR. Christian geht zur Schule, wird Pionier, es gefällt ihm sogar. Weil er die Christenlehre besucht, hänseln ihn die Mitschüler, aufgestachelt von Lehrern. Einerseits möchte er dazugehören, andererseits steht er zu seinem Glauben. In diesen Konflikt gerät er immer wieder, bis zum Ende der DDR. Daß der Ideologie des Staates nicht nur seine Religion entgegensteht, sondern auch eine weitere „andere Welt“, entdeckt er, als er die Möglichkeit bekommt, Westsender zu sehen. Täglich absolviert er einen Nachrichten-Marathon: 19 Uhr ZDF heute, 19.30 Uhr Aktuelle Kamera, 20 Uhr Tagesschau. Er wird nicht zum Abitur zugelassen, durchläuft eine Malerlehre. Schließlich bietet man ihm eine lukrative Tätigkeit an, für die er allerdings in die SED eintreten muß. Er ringt mit dieser Versuchung. Das Gewissen siegt, er

beginnt, in der Diakonie zu arbeiten. Christian Döring stellt sich nicht als Widerstandskämpfer dar, obwohl er häufig Mut aufbrachte. Er beschreibt anhand seines Dauerkonflikts den ganz normalen Alltag in der DDR – mit den vielen schwachen und den wenigen starken Menschen. Lesenswert und auch für Jugendliche geeignet.

Friedrich Rudolph

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Juni Geburtstag haben

Hans Hintz am 2. Juni, Margrit Schulze am 3. Juni, Rudolf Zenker am 5. Juni, Ursula Geipel am 6. Juni, Ralf-Rainer Felden am 10. Juni, Joachim Jacob, Roland Weise am 12. Juni, Horst Engelbrecht am 14. Juni, Hans Walter am 19. Juni, Bernhard Cofalla am 20. Juni, Anna-Liese Pahl, Helmut Schröder, Klaus-Peter Weiß am 22. Juni, Hans-Joachim Bochow am 23. Juni, Inge-
»»

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Benjamin Baumgart, Jurist
Mo–Fr, 10.30–12.30 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail baumgart@uokg.de

Martha Wedra, Juristin
Mo–Fr, 8.30–10.30 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail wedra@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.



.....
Christian Döring: Bibel statt Parteibuch. Mein Leben als Christ in der DDR, Verlag der Francke-Buchhandlung, Marburg 2014, 158 S., 12,95 €
.....

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr
Marleen Puchert

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

borg Schlünz am 26. Juni, Angelika Rösch am 27. Juni, Walter Schulze am 29. Juni

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Peter Albrecht, Klothilde Baier, Uwe Behne, Gabriele Bermann, Rüdiger Bernhardt, Hans-Joachim u. Lisa Elli Berndt, Dora u. Silvia Brandenburg, Klaus-Peter Fritsch, Anneliese Gabel, Gerhard W. Glaubig, Kurt Göringer, Wolfgang Heilmann, Ingeborg Kuhne, Maria Mannack, Bernd Matern, Annerose Matz-Donath, Rudolf Miekley, Klaus Muder, Reinhard Pappai, Simone Peter, Walter Erhard Radestock, Eike Christine Radewahn, Ute Rast, Siegfried Rau, Günter Schlamp, Anneliese Schubert, Ulrike Schultz, Sigrid Schulz, Dr. Thomas Smolin, Michael Teltz, Helmut u. Eva Tisch, Günter Völkel, Margret Wegener, Margarete Weise, Christa Weiske, Günther Wetzlaugk, Gisela Wollscheid, Karl Wruck

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG

IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01

BIC: DEUT DE DB110

Verwendungszweck: „Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Der Nachteil der Demokratie ist, daß sie denjenigen, die es ehrlich mit ihr meinen, die Hände bindet.

Aber denen, die es nicht ehrlich meinen, ermöglicht sie fast alles.

Václav Havel

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia

Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1

10365 Berlin

Telefon (030) 55 49 63 34

Fax (030) 55 49 63 35

E-Mail: bsv-beratung@gmx.de

Konto: BSV-Förderverein

Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48

Nr. 665 52 45 00

IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00

BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Vorstandsbeauftragter:

Dr. Christian Fuchs

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40

Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19

Ruschestraße 103, Haus 1

10365 Berlin

Internet: www.uokg.de

E-Mail: info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,

Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

PVSt., Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt

13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31,

E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG,

IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

**BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG**



Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,

E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnenstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 2. Mai 2016

